

Sevasti Trubeta

Diskurse um EU-Binnenmigration aus Süd- und Südosteuropa

Zusammenfassung

In den 2010er Jahren standen die wissenschaftlichen, politischen und öffentlichen Diskurse um die EU-Binnenmigration weitgehend im Zeichen von zwei Prozessen: den Auswirkungen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise seit 2008 in den südeuropäischen Mitgliedstaaten und der Freizügigkeit für Bürger*innen Bulgariens und Rumäniens. Das Interesse dieses Aufsatzes gilt der Verflechtung von wissenschaftlichen, politischen und öffentlichen Diskursen über die EU-Binnenmigration aus Süd- und Südosteuropa und insbesondere jenen, in denen die Begriffe ›neue Migration‹, ›Talentabwanderung‹, ›Prekarität mobiler Arbeitnehmer*innen‹ sowie ›Armutsmigration‹ präsent waren. Der Aufsatz setzt sich mit folgenden Fragen auseinander: Welche sozialen und politischen Deutungs- und Handlungszusammenhänge fließen in die diskursiven Auseinandersetzungen um diese Begriffe ein? Welche Deutungsfiguren über Migrant*innen bzw. mobile Unionsbürger*innen generieren sie?

Schlagwörter

EU-Binnenmigration, neue Migration, Braindrain, mobile Arbeitskräfte, Armutsmigration, Roma.

Discourses on EU Internal Migration from South and Southeast Europe

Abstract

In the 2010s the scientific, political and public debates over the EU internal migration have been strongly influenced by two developments: the impact of the financial crisis on the South European countries and the introduction of freedom of movement for the citizens of Bulgaria and Romania. In the scien-

Dr. Sevasti Trubeta
Hochschule Magdeburg-Stendal

tific, political and public debates, these developments have found expression in the notions: ›new migration‹, ›brain drain‹, ›precarity of mobile labor forces‹ and ›poverty-driven migration‹. This essay considers the meaning of these four notions as having been shaped in discursive discussions on EU internal migration, and more specifically in the interwoven scientific, political and public discourses on the migration from South and Southeast Europe. The analysis explores how social and political correlations feed into these discourses and give rise to the four different interpretative images of mobile EU citizens.

Keywords

Intra-European mobility, new migration, brain drain, mobile labor forces, poverty-driven migration, Roma.

* * * * *

1 Einleitung

In der Migrationsforschung herrscht weitgehend Übereinstimmung darüber, dass seit den 1990er Jahren infolge der zunehmenden Globalisierung und der damit einhergehenden Diversifizierung europäischer Einwanderungsgesellschaften neue Migrationsmuster zutage getreten sind. Darüber hinaus erkennen Studien »eine Re-Europäisierung der Migration, genauer gesagt eine EU-Europäisierung« (Thränhardt 2013, S. 18), die die Personen- und Arbeitnehmerfreizügigkeit im EU-Wanderungsraum förderte. Über die Folgen und Ambivalenzen der binneneuropäischen Wanderung diskutieren Wissenschaft, vor allem aber Politik und Öffentlichkeit europäischer Länder kontrovers (Kovacheva und Cyrus 2020). Zum einen werden die positiven wirtschaftlichen Effekte – die zugleich als Herausforderungen erscheinen – für den Arbeitsmarkt mittel- und nordeuropäischer Länder, darunter auch Deutschlands, unterstrichen (Clemens und Hart 2018; Baas 2017; 2019; Baas et al. 2011). Zum anderen wird dargelegt, dass die Freizügigkeit wirtschaftliche Disparitäten und Armutsgefälle innerhalb der EU ans Licht bringt (Offe 2016; IMIS und bpb 2013; Thränhardt 2015). Daran schließen sich Debatten an über Gewinner und Verlierer der Freizügigkeit und über die Ausnutzung der Unionsbürgerschaft zum Zwecke des Sozialleistungstransfers (Leschke und Galgóczi 2015; Bernsdorff 2016).

In Anbetracht solcher Ambivalenzen plädieren wissenschaftliche Studien für einen differenzierten Blick auf die binneneuropäische Migration, zumal Einschränkungen der sozialen Rechte mobiler Unionsbürger*innen (Barbu-

lescu und Favell 2020; Rebhahn 2017; Absenger und Blank 2015) die Frage aufkommen lassen, »ob das Freizügigkeitsrecht noch ein Recht aller Unionsbürger ist« (Farahat 2016, S. 114). Indessen lenkt Thomas Faist (2013) die Aufmerksamkeit auf unterschiedliche und gar gegensätzliche Wahrnehmungen und Repräsentationen von einerseits Arbeitsmigrant*innen und andererseits hochqualifizierten Arbeitskräften (aus EU- und/oder Drittländern) in der Forschung und Öffentlichkeit europäischer Länder, aufgrund derer er eine diskursive Gegenüberstellung (»discursive juxtaposition«) dieser beiden Kategorien von Arbeitnehmer*innen vorschlägt.

Dieser Aufsatz setzt bei den Debatten um die als ambivalent wahrgenommenen Folgen der binneneuropäischen Migration von Unionsbürger*innen an. Über den Begriff Migration hinaus wird in diesen Debatten der Begriff binneneuropäische Mobilität (oder auch Wanderung) verwendet. Ausgangspunkt des Aufsatzes bildet die auf umfangreiche Literaturrecherchen gestützte Feststellung, dass die seit den 2010er Jahren geführten wissenschaftlichen, politischen und öffentlichen Debatten über die binneneuropäische Migration weitestgehend im Zeichen zweier Prozesse stehen: den Auswirkungen der Wirtschaftskrise in den südeuropäischen Mitgliedstaaten Italien, Spanien, Griechenland und Portugal seit 2008/2009 und der stufenweise eingeführten Freizügigkeit für Bürger*innen der EU-2-Mitgliedstaaten Bulgarien und Rumänien (2007/2014). Nimmt man die Thematisierung der Folgen dieser beiden Prozesse für die räumliche Mobilisierung von Menschen näher in den Blick, so lässt sich erkennen, dass diese mittels verschiedener wissenschaftlicher Ansätze analysiert und unterschiedlich in der Politik und Öffentlichkeit europäischer Länder diskutiert werden: Im Hinblick auf Südeuropa kreisen wissenschaftliche, politische und öffentliche Diskurse um die Begriffe ›neue Migration‹ und ›*Braindrain/Braingain*‹ bzw. ›Talentabwanderung‹. Demgegenüber wird die Freizügigkeit der Unionsbürger*innen aus Bulgarien und Rumänien auf prekäre Arbeitsverhältnisse ›mobiler Arbeitnehmer*innen‹ und auf ›Armutsmigration‹ bezogen.

Das Hauptaugenmerk dieses Aufsatzes liegt auf der Verflechtung von wissenschaftlichen, politischen und öffentlichen Diskursen über die binneneuropäische Migration bzw. Mobilität aus Süd- und Südosteuropa. In Anlehnung an Michel Foucaults Diskurstheorie verstehe ich ›Diskurse‹ als Praktiken, die »systematisch die Gegenstände bilden, von denen sie sprechen« (Foucault 1973, S. 74), und die die diversen Akteure sowie die Pluralität – zumal Konflikthaftigkeit – der Deutungen gesellschaftlicher Geschehnisse ins Blickfeld rücken lassen (Foucault 2002, S. 670 f.). Insbesondere schöpft die vorgenommene Analyse aus der Forschungsprogrammatische der hermeneutischen wissenssoziologischen Diskursanalyse (Keller 2007; Diaz-Bone 2005) und verortet ihre Thematik in gesellschaftlichen Praxisfeldern, in denen auf-

einandertreffende Diskurse ausgelöst werden – Diskurse, die »um die Konstitution bzw. Definition eines Phänomens wetteifern« (Keller 2011, S. 68). Dementsprechend gilt das Interesse den diskursiven Auseinandersetzungen um die binneneuropäische Migration unter besonderer Berücksichtigung 1. der migrationsrelevanten Auswirkungen der Wirtschaftskrise in den süd-europäischen EU-Mitgliedstaaten sowie 2. der Freizügigkeit von Bürger*innen der EU-2-Mitgliedstaaten Bulgarien und Rumänien.

In Anlehnung an das diskursanalytische Modell von Reiner Keller betrachte ich diskursive Auseinandersetzungen als (gemeinsame oder konkurrierende) ›Grunderzählungen‹, die von kollektiven Akteuren aus Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit generiert und »bei der Auseinandersetzung um öffentliche Problemdefinitionen« eingesetzt werden (Keller 2007, Paragraph 29). Die Grunderzählungen, die dieser Beitrag in den Blick nimmt, sind: ›neue Migration‹, ›Talentabwanderung‹, ›Prekarität mobiler Arbeitnehmer*innen aus Bulgarien und Rumänien‹ sowie ›Armutsmigration‹. Diese vier Begriffe stehen im Mittelpunkt des Beitrags und werden entsprechend in vier Kapiteln behandelt. Anhand der an diese Schlagworte geknüpften Diskurse und in Anlehnung an Kellers diskursanalytisches Modell wird auf folgende Fragen eingegangen: Welche sozialen und politischen Deutungs- und Handlungszusammenhänge fließen in diese Grunderzählungen sowie in die wissenschaftlichen Debatten um die geeignete Terminologie für die binneneuropäische Wanderung – Migration oder Mobilität – ein? Welche Deutungsfiguren von Migrant*innen bzw. mobilen Unionsbürger*innen generieren diese Grunderzählungen und auf welche Wissensbestände greifen sie im Zuge der Herstellung ihrer Deutungsmuster zurück?

Der Fokus des Beitrags richtet sich primär auf die in Deutschland manifestierten diskursiven Auseinandersetzungen, obgleich der deutsche Kontext die wissenschaftlichen und zum Teil auch die politischen Diskurse mit anderen EU-Mitgliedstaaten teilt. Die Analyse stützt sich auf mannigfaltiges Quellenmaterial, das aussagekräftig für die Rekonstruktion der Grunderzählungen ist und den Blick auf die Vielfalt der Diskursteilnehmer*innen zu schärfen vermag. Dementsprechend werden wissenschaftliche Studien (die hier als Primärquellen gelesen werden), Medienberichte, Stellungnahmen politischer Parteien und bürgergesellschaftlicher Träger berücksichtigt. Die herangezogenen Quellen betreffen vornehmlich den Zeitraum, in dem die Wirtschaftskrise (ab 2008/2009) und das Inkrafttreten der Freizügigkeit (2007/2014) für Bürger*innen der EU-2-Mitgliedstaaten verortet werden.

2 ›Neue Migration‹ als krisenbedingte binneneuropäische Mobilität

Noch zehn Jahre nach dem Ausbruch der Finanzkrise 2008/9 dominierte in der Forschung über die innereuropäische Migration die Debatte über einen ›krisenbedingten Wanderungseffekt‹ (IMIS und bpb 2013, S. 3; siehe auch Glorius und Domínguez-Mujica 2017; Barwińska-Małałowicz und David 2014) in Südeuropa, der den Zuzug ›von Personen aus den ›Krisenländern‹‹ (SVR 2013, S. 17) in andere EU-Staaten, vornehmlich die Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien, auslöste (BAMF 2015; Bertoli et al. 2013, Pfeffer-Hoffmann 2014; 2015). Die krisenbedingte Wanderung (auch als Süd-Nord-Migration thematisiert: Lafleur und Stanek 2017a) wurde zur Komponente eines beobachteten Paradigmenwechsels in der europäischen Migration, den wissenschaftliche Studien unter dem Begriff ›neue Migration‹ thematisieren. In einem Werkstattbericht zur ›neuen Migration‹ und ihren Charakteristika fragen Katharina Schoenes und Hannah Schultes (2014): ›Wie verändert sich gegenwärtig das Migrationsregime durch die Migration von Menschen aus Südeuropa und Südosteuropa?‹ Bestandteil der Debatte um die ›neue Migration‹ sind Fragen nach den Auswirkungen der Unionsbürgerschaft und der damit einhergehenden Förderung der Personen- und Arbeitnehmer*innenfreizügigkeit im EU-Wanderungsraum auf bisherige (›alte‹) Migrationsmuster. In ihren Studien legten Engbersen et al. (2010) folgende grundlegende Charakteristika der europäischen ›neuen Migration‹ dar: Während die ›alte Migration‹ von zwei Migrant*innentypen beherrscht war – nämlich von Arbeitsmigrant*innen (und deren Familien) aus Europa und von Migrant*innen aus den ehemaligen Kolonien –, sei die ›neue Migration‹ durch die Pluralisierung der Herkunftsländer und durch die Intensivierung der innereuropäischen Mobilität gekennzeichnet.

Trotz des Miteinbezugs der Zuwanderung aus dem Globalen Süden in die EU-Staaten etablierte sich der Begriff ›neue Migration‹ in der Forschung und noch viel mehr in der Öffentlichkeit europäischer Länder als Bezeichnung für die krisenbedingte innereuropäische Süd-Nord-Migration. Überdies wurden die Semantiken der ›neuen Migration‹ durch die Gegenüberstellung mit ›alten‹ Migrationsformen aus Südeuropa, insbesondere der ›Gastarbeiter-Migration der 1960er und 1970er Jahre, geprägt und durch die Medien der breiten Öffentlichkeit vermittelt. Während Presseberichte in den Zugewanderten aus den südlichen EU-Staaten die Nachfolger der ›Gastarbeiter‹ sehen (*Der Spiegel* 2013), wird in wissenschaftlichen Untersuchungen der Zusammenhang zum ›Gastarbeiter‹-Migrationsparadigma als Aporie, Annahme oder zu beweisende Hypothese diskutiert (Pfeffer-Hoffmann 2014; Pichler 2014; Lafleur and Stanek 2017a). Indessen vertreten Forschende wie

Göler und Köppen (2015, S. 7) die kritische Ansicht, dass die Süd-Nord-Migration durch die mediale Aufmerksamkeit überdramatisiert werde; ebenso sei der Zusammenhang mit der ›Gastarbeiter‹-Migration ein mediales Konstrukt. Auch andere Studien zur innereuropäischen Süd-Nord-(Arbeits-) Migration identifizieren eher Unterschiede als Gemeinsamkeiten zwischen der ›alten‹ ›Gastarbeiter‹-Migration und der ›neuen‹ krisenbedingten Migration (Göler und Köppen 2015, S. 7 f.; Lafleur et al. 2017). Die häufiger thematisierten Unterschiede lassen sich wie folgt zusammenfassen: Die rezente krisenbedingte Auswanderung aus dem europäischen Süden sei in quantitativer Hinsicht erheblich geringer als die Nachkriegs- und ›Gastarbeiter‹-Migration; trotz gestiegener Auswanderungszahlen aus Südeuropa handele es sich bei der ›neuen Migration‹ nicht um eine Massenmigration im Ausmaß der 1960er und 1970er Jahre (Gropas und Triandafyllidou 2014). Im Unterschied zur ›Gastarbeiter‹-Migration, die an bilaterale Abkommen zwischen Entsende- und Empfangsländern gebunden war, verlaufe die ›neue Migration‹ über vielfältige und komplexe Mobilitätsnetzwerke (Lafleur et al. 2017, S. 210; Barbulescu 2017, S. 19; Pratsinakis et al. 2017). Die zunehmende Komplexität der Migrationsverläufe sei u. a. auch dem Umstand geschuldet, dass die rezente Krise nicht nur die ›nationale Bevölkerung‹ der südeuropäischen Länder tangiere, sondern auch dort lebende Menschen mit Migrationsgeschichte (seien es Unionsbürger*innen oder Drittstaatsangehörige mit Freizügigkeitsrechten in der EU), die entweder in ihre Herkunftsländer (v. a. in Lateinamerika, Nordafrika oder Südost- und Osteuropa) zurückkehrten oder in andere Länder auswanderten (Farahat 2016, S. 114; Sander 2015, S. 91; Lafleur et al. 2017, S. 209; Lafleur und Stanek 2017a passim).

Studien verweisen auch auf Diversifizierungseffekte einer ohnehin schon zunehmenden Komplexität von Migrationsverläufen mobiler Unionsbürger*innen in Hinsicht auf soziale Herkunft, Bildungskapital, soziales Geschlecht, Alter und andere Faktoren, die die »transnationalen europäischen Lebensläufe« beeinflussen (Verwiebe 2006; Recchi und Favell 2009; Black et al. 2010). Im wissenschaftlichen und zum Teil auch im medialen Diskurs lässt sich ein differenzierter Blick auch auf die Auswanderungsmotive der südeuropäischen ›neuen Migrant*innen‹ erkennen. Zwar wird die ›neue Migration‹ vorwiegend im Zusammenhang mit den Folgen der Wirtschaftskrise für den Arbeitsmarkt südeuropäischer Länder thematisiert, doch es werden auch individuelle Motive genannt, insbesondere, wenn es sich um Jugendliche handelt. Birgit Glorius (2015, S. 69) schreibt, dass im Falle von »jüngeren, besser gebildeten und mit internationalen Erfahrungen und transnationalen Vernetzungen ausgerüsteten Migranten aus Spanien in Deutschland« die Migrationsentscheidung »nur teilweise durch die ökonomische Situation im Heimatland begründet« ist. Studien thematisieren Indi-

vidualisierungstendenzen und die Suche nach neuen Erfahrungen als Auswanderungsmotive von spanischen und italienischen Jugendlichen. Letztere, legt Edith Pichler (2013) nahe, entschieden sich häufig für ein Leben als »kreatives Prekariat« in einer Metropole wie Berlin und lebten dabei »[p]rekär, aber glücklich«, so war im *Tagesspiegel* zu lesen (Dernbach 2014). Unterbelichtet bleiben jedoch in diesem Diskurs politische Auswanderungsmotive. Allerdings bestehen Netzwerke spanischer Migrant*innen, wie die *Oficina Precaria*¹ (die in mehreren europäischen Metropolen vertreten ist) und *Marea Granate*², die an die Protest- und sozialen Bewegungen (insbesondere die *movimiento del 15 M*) in Spanien anknüpfen. Die Initiator*innen dieser Netzwerke verstehen sich programmatisch als »gezwungene Migrant*innen« und stellen die politischen Ursachen der Krise, die sie zur Auswanderung zwang, in den Mittelpunkt ihres Selbstverständnisses; ihre Kritik richtet sich sowohl auf die Austeritätspolitik der spanischen Regierung als auch auf den Internationalen Währungsfonds. Ein ähnliches politisches Profil weist auch der Blog *Berlin migrant strikers* auf³, der von italienischen Einwander*innen in Berlin initiiert worden ist.

In Anbetracht der festgestellten komplexen Verläufe und der damit verbundenen Diversifizierungseffekte stellen wissenschaftliche Arbeiten die Frage nach der geeigneten Terminologie, die dem Paradigma der »neuen Migration« gerecht wird: Handelt es sich dabei um Migration oder Mobilität? Ausgangsannahmen für die Differenzierung zwischen den beiden Begriffen stellen die unterschiedlichen rechtlichen Rahmenbedingungen hinsichtlich der Aufenthalts- und Arbeitserlaubnispflicht dar, denen einerseits Migrant*innen aus Drittländern und andererseits EU-Bürger*innen unterliegen. Während die Einreise, der Aufenthalt und die Erwerbstätigkeit von Staatsbürger*innen aus Drittländern durch Visa- und Arbeitserlaubnispflicht erschwert werden, hebt der im EU-Recht verankerte Freizügigkeitsgrundsatz solche rechtlichen Barrieren im Falle der EU-Bürger*innen auf und lässt den Eindruck einer ungehinderten Mobilität entstehen. Betrachtet man aber die Frage nach der Differenzierung zwischen Migration und Mobilität aus sozialwissenschaftlicher Perspektive, die sich nicht auf die rechtliche Dimension beschränkt, dann stellt sich erneut die Frage, woran sich der Unterschied zwischen den beiden Begriffen bzw. Paradigmen festmachen lässt.

1 Oficina Precaria Berlin, <https://oficinaprecariaberlin.org>. Zugriff: 14.6.2021.

2 Marea Granate, <https://mareagranate.org>. Zugriff: 14.6.2021; Laura Osó (2020) sieht Parallelen zwischen den spanischen »Wirtschaftsexilanten« (zu denen sie auch Marea Granate zählt) und den »republikanischen Exilanten«.

3 Berlin Migrant Strikers. English Version. <https://berlinmigrantstrikers.noblogs.org/sample-page/english-version/>. Zugriff: 14.6.2021.

Jean-Michel Lafleur und Mikolaj Stanek (2017b, S. 5) bemerken, dass die »neue südeuropäische Migration« zwar in einem spezifischen Kontext auftritt, in dem das EU-Freizügigkeitsprinzip den Begriff »Mobilität« zu begründen vermag, zugleich aber besitze sie Ähnlichkeiten mit früheren Migrationen zwischen Süd- und Nordeuropa – das Paradebeispiel hierfür sei die »Gastarbeiter«-Migration –, sowie mit Migrationen von außerhalb Europas. Daher betrachten sie die im soziopolitischen Kontext der Finanzkrise beobachtete Wanderung aus Südeuropa nach Mittel- und Nordeuropa als ein gemischtes Muster von Mobilität und Migration. Ähnlich argumentieren Engbersen et al. (2010), wenn sie – in expliziter Anlehnung an Zygmunt Baumanns »flüchtige Moderne« – den Begriff »flüchtige Migration« (*liquid migration*) prägen, mithilfe dessen sie neue Migrationsmuster sowohl aus Drittstaaten nach Europa als auch innerhalb Europas zu beschreiben suchen. Engbersen und Snel (2013) präzisieren die innereuropäische »flüchtige Migration« wie folgt: temporäre bzw. Zirkulär- und Pendelmigration, die nicht zur dauerhaften Niederlassung führt; überwiegend Arbeitsmigration mit regelmäßigem Aufenthaltsstatus; mehrfache und individualisierte Migration im Gegensatz zur früheren Familiensolidarität. Schließlich verweisen die Autoren auf einen besonderen Migrationshabitus, wonach keine konkreten Pläne für die Niederlassung in einem Land vorhanden seien und Zukunftsoptionen offengelassen werden.

Ein weiteres Differenzierungsmerkmal zwischen dem Migrations- und dem Mobilitätsparadigma leiten einige Studien von dem Stellenwert ab, den das Integrationspostulat in Migrationspolitik, öffentlichen Diskursen und »klassischer« Migrationsforschung einnimmt (Wieczorek 2018; Dahinden 2016; Favell 2014). Insbesondere hinsichtlich Letzterer lautet das Hauptargument, mit Integration respektive Assimilation im Mittelpunkt ihrer Betrachtung bleibe die »klassische« Migrationsforschung auf den engen Rahmen des nationalstaatlichen Kontexts beschränkt und ihre analytischen Instrumente seien daher unzureichend, um neue komplexe Migrationsmuster zu erfassen. Im Gegensatz dazu stehe das Mobilitätsparadigma für die Erweiterung der Forschungshorizonte jenseits der national geprägten Gesellschaft.

Der wissenschaftliche Diskurs um die neue bzw. binneneuropäische Migration und die geeignete Terminologie (Migration oder Mobilität) steht – explizit oder implizit – im Zeichen des *mobility turn*, den John Urrys Studien am Anfang des 21. Jahrhunderts auslöste (Urry 2000; 2007). In seinen einflussreichen Publikationen (zum Teil gemeinsam mit Mimi Sheller) begründet Urry die Notwendigkeit der Mobilitätsforschung: Die Welt sei mobil, die sozialwissenschaftliche Forschung jedoch bleibe weitgehend »a-mobile« (Sheller und Urry 2006, S. 208). In einer Bilanz der Errungenschaften der Mobilitätsforschung unterstreicht Sheller (2014, S. 791) etwa 15 Jahre nach

Urrys erster wegweisender Publikation, dass sich die Mobilitätsforschung zwar auf klassische soziologische Fragestellungen und Forschungsfelder stützt (darunter Fragen der sozialen Ungleichheit und der Migrationsforschung, die sie als »subfield« der Mobilitätsforschung betrachtet; Sheller 2014, S. 791), dennoch geht sie darüber hinaus und löst ihren Gegenstand und ihre analytischen Instrumente aus dem verengten Rahmen einer einzelnen Gesellschaft.

Shellers Bilanz könnte als eine Antwort auf kritische Stimmen verstanden werden, denn trotz unbestrittener weitreichender Auswirkungen auf die Forschung hat die Mobilitätstheorie auch Kritik geerntet, die nicht zuletzt vonseiten führender Wissenschaftler*innen der Transnationalismusforschung kam. In einem Schwerpunktheft des *Journal of Ethnic and Migration Studies* verorten die Herausgeber*innen Glick Schiller und Salazar (2013, S. 183) die Entstehung des Mobilitätsparadigmas in einem postmodernen Moment, das Globalisierungs- und Deterritorialisierungstheorien miteinander verband und bewirkte, dass »global ›flows‹ of capital, people and objects were increasingly noted and celebrated«. Dabei werde aber ausgeblendet, vermerken Schiller und Salazar, dass die globale ökonomische Krise eine erneute »Normalisierung« der nationalen und ethnischen Grenzen und steigende Relevanz nationaler Souveränität hervorgerufen habe. Nach demselben Überlegungsansatz argumentieren weitere Wissenschaftler*innen kritisch, dass die Rhetorik der Fluidität dazu neigt, die Akteurschaft zu supprimieren und die Konflikthaftigkeit – gar die Machtkonstellationen –, die den Migrationsprozessen zugrunde liegen, außer Acht zu lassen (Rockefeller 2011; Kalir 2013). Auch werde ausgeblendet, dass die steigende Mobilität mit der Vermehrung von Billigjobs und ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen einhergehe.

Nachfolgend werde ich aufzeigen, dass die Schwerpunktsetzung der Diskurse um die neue bzw. binneneuropäische Migration innereuropäische Ungleichheitsverhältnisse impliziert, die aber in jeder der Grunderzählungen in unterschiedlichen Deutungszusammenhängen interpretiert werden.

3 Talentabwanderung – oder: Wem gehören die besten Köpfe?

Die ›neue Migration‹ wurde zu einem Schlagwort für die krisenbedingte Abwanderung insbesondere von jungen Qualifizierten aus Südeuropa. Die damit einhergehenden Diskurse zeigen ähnliche Grundzüge wie die bereits seit den 1960er Jahren laufenden kontroversen Diskurse über Talentabwanderung aus Europa nach Nordamerika und, in der postkolonialen Ära, aus dem Globalen Süden in den Globalen Norden (Niederberger 2019; Patterson

2007). Diesen Diskursen ist die Frage gemeinsam, ob hochqualifizierte Individuen abwandern sollten und vor allem *dürfen* und welche moralischen Implikationen ihre Abwanderung birgt. Hat das Individuum eine moralische Pflicht gegenüber dem ›eigenen Land‹, seine Qualifikation in den Dienst des Gemeinwohls zu stellen? Was wären die Vor- und Nachteile einer umfangreichen Talentabwanderung für die Herkunfts- und Zielländer? Diese Fragen sind in den Debatten über die ›neue Migration‹ wiederzufinden. Die Rekonstruktion dieser Debatten in den südeuropäischen Herkunftsländern und in der Bundesrepublik als wichtigstem Ankunftsland bringt die Grundzüge des bipolaren Begriffspaars *Braindrain/Braingain* deutlich zum Vorschein.

Wissenschaftliche Arbeiten haben aufschlussreiche Einblicke gegeben in die Thematisierung der ›neuen Migration‹ als eine besorgniserregende Entwicklung von Talentabwanderung in der öffentlichen und politischen Sphäre der südeuropäischen Länder. Dieses Thema entfachte kontroverse parteipolitische Debatten während der Wirtschaftskrise in Griechenland, Italien, Portugal und Spanien und löste Kritik an den regierenden Parteien aus. Die Auseinandersetzungen drehten sich insbesondere um die Frage, wer die Verantwortung für die Wirtschaftskrise und die Austeritätspolitik trage (Michail und Christou 2018; mehrere Beiträge in Lafleur und Stanek 2017a). In offensichtlichem Gegensatz zur Freizügigkeitseuphorie lässt sich in den südeuropäischen Ländern die Wiederbelebung traditioneller Migrationsnarrative über Heimat vs. Fremde erkennen, indem die Auswanderung als das erzwungene Verlassen des eigenen Umfelds und als Gehen in die Fremde (Barbulescu 2017, S. 27) oder gar ins Exil, wie es im spanischen Fall heißt (Díaz-Hernández und Parreño-Castellano 2017), dramatisiert wird. Umso schlimmer wird es empfunden, wenn es sich bei den Emigrant*innen um gut ausgebildete junge Menschen handelt, deren Abwanderung den Verlust der besten Köpfe und einer Nachwuchsgeneration für die Herkunftsländer bedeute und zum ›Ausbluten‹ dieser Länder führe: »›haemorrhage‹ of the best part of the population« (Tintori und Romei 2017, S. 59). Nicht zuletzt wird darauf verwiesen, dass die migrationswilligen qualifizierten Individuen vor einer moralischen Herausforderung stünden, wenn sie in Zeiten ›nationalen Notstands‹ individualistisch handelten und ›ihr‹ Land verlassen. Die Beschreibung der Emigration durch Metaphern wie ›Verlust der besten Köpfe‹ oder ›Ausbluten‹ der Gesellschaft/des Landes ruft organistische Ansichten in Erinnerung, die die (nationale) Gesellschaft als einen lebendigen Organismus denken (Papilloud und Rol 2019). Die Blutmetapher (die ihre Semantik aus dem Abstammungsprinzip schöpft) ist eine Antwort auf die Frage, welche Gesellschaft berechtigt sei, von den besten Köpfen zu profitieren: die Gesellschaft, die sie ausbildete, oder jene, in der sie selbst zu leben entschieden haben? In erster Linie aber wird die Auswanderung von jungen Qualifi-

zierten als Verlust von (nationalem) Humankapital/Humanressourcen dargestellt, wobei die daraus resultierenden negativen Auswirkungen für die Wirtschaft und die Gesellschaft der von der Krise betroffenen Herkunftsländer in den Vordergrund rücken (Lafleur und Stanek 2017a, passim).

Die öffentlichen und politischen Diskurse über die Zuwanderung von Qualifizierten aus Südeuropa in der Bundesrepublik veranschaulichen, dass sie in derselben Logik von *Braindrain/Braingain* gefangen sind. Aus der Perspektive des Ankunftslandes betrachtet, rückt der für die deutsche Wirtschaft förderliche Gewinn von hochqualifizierten Zuwanderer*innen und ausländischen Fachkräften in den Mittelpunkt. Diese werden in der Presse als »neue Einwanderer-Elite« (Faigle 2012) bezeichnet. »Eine neue Generation von Migranten sucht in der Bundesrepublik eine Zukunft: Hochqualifizierte aus Süd- und Osteuropa. Ohne sie erlahmt die Konjunktur – Deutschland muss lernen, die Zuzügler zu halten«, so der *Der Spiegel* (2013). Als »ideale Zuwanderer« und somit als potenzielle Zielgruppe der angestrebten Zuwanderungspolitik zwecks »Talentgewinns« gelten junge Studierende. Das Jahresgutachten des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR 2013) verweist darauf, dass schon »in der 2012 veröffentlichten Position des DAAD zu ›Akademischer Mobilität und Fachkräfte-Migration‹ die Zuwanderung von ausländischen Studierenden und Wissenschaftlern nach Deutschland ausdrücklich begrüßt« wird (SVR 2013, S. 81, Fn 66). Dieses Jahresgutachten lenkt zudem die Aufmerksamkeit auf eine Wende in der Betrachtungsweise bezüglich der Bemühung, internationale Studierende dazu zu motivieren, nach dem Studium in der Bundesrepublik zu bleiben (SVR 2013, S. 80). Darüber hinaus stellt sich zu jenem Zeitpunkt die Frage nach der moralischen Rechtfertigung eines gesteuerten Talentgewinns (*Braingain*). Die Antwort darauf ergibt sich durch eine Kostenschätzung der Ausbildung als eine Investition Deutschlands in das künftige Humankapital:

»Zumindest der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) und die HRK [Hochschulrektorenkonferenz] vertreten stärker als in der Vergangenheit die Ansicht, dass die vergleichsweise niedrigen Kosten einer akademischen Ausbildung für Studierende in Deutschland und die vergleichsweise hohen Kosten für den Staat es moralisch rechtfertigen, dass internationale Studierende in Deutschland bleiben« (SVR 2013, S. 81).

Der hier umrissene Wettstreit um die besten Köpfe veranschaulicht die klassischen Grundzüge des bipolaren Modells von *Braindrain/Braingain* und führt regionale Ungleichheiten innerhalb der EU vor Augen. Wie lässt sich aber eine solche Betrachtungs- und Handlungsweise in den Kontext der EU-Freizügigkeit einordnen und wie gehen die Forschenden auf diese Bipolarität ein? Inwiefern finden Transnationalisierungsansätze zur »neuen Migration« Eingang in diese Debatte? Versuche, die Talentabwanderung jenseits eines

bipolaren Erklärungsmodells zu interpretieren, legen ihren Fokus auf die Individualisierungstendenzen und die zunehmenden Mobilitätsmöglichkeiten in einer transnationalisierten Welt und so auch im transnationalisierten EU-Wanderungsraum. Der Begriff ›flüchtige Migration‹ wird mit explizitem Bezug auf die Auswanderung und den *Braindrain* aus den südeuropäischen Ländern während der Finanzkrise verwendet (Pratsinakis 2019). Manche Studien betonen, dass die Abwanderung von Hochqualifizierten aus den südeuropäischen Ländern nicht als ein ausschließlich kollektives Phänomen von *Braindrain* betrachtet werden sollte, sondern als ein Versuch vonseiten hochqualifizierter Individuen, die Vergeudung ihrer Qualifikation zu verhindern: »as a response by skilled professionals to avoid their own ›brain waste‹« (Lafleur et al. 2017, S. 204). Dieser Auffassung entspricht Rubin Pattersons Anregung, die Abwanderung von Hochqualifizierten aus Afrika nicht ausschließlich als kollektives (und daher Massen-)Phänomen anzusehen, sondern (auch) als individuelle Strategie gegen Arbeitslosigkeit oder den Mangel an Stellen, die der Qualifikation der Individuen entsprechen (*brain waste*) (Patterson 2007).

In einem Versuch, das bipolare Modell *Braindrain* vs. *Braingain* zu hinterfragen, haben soziologische Arbeiten den Begriff *Brain Circulation* eingeführt, mithilfe dessen sie die Möglichkeit eines umgekehrten Ablaufs der Talentabwanderung zu beschreiben suchen. Der *Brain Circulation*-Ansatz hat zum Ziel, die Betrachtung von einer bipolaren – und im nationalstaatlichen Kontext verankerten – Logik zu lösen und die Sicht auf globale Zusammenhänge zu verlagern/erweitern: *Brain Circulation* verweist auf transnationale Netzwerke und globale Verflechtungen, aufgrund derer die Talentabwanderung keinen totalen Verlust (für die Herkunftsländer), aber auch keinen totalen Gewinn (für die Zuwanderungsländer) von Humankapital bedeutet. Mit Bezug auf die afrikanische Diaspora behauptet Cynthia Lucas Hewitt, dass Auswanderung keine Einbahnstraße sei, sondern »part of a current, which has been seen to return and build upon itself when the conditions along the way are propitious« (Hewitt 2007, S. 16). Zugleich wird die Diaspora-Debatte aufgegriffen und die Frage gestellt, wie transnationale Communitys zur Entwicklung der Länder der (Semi-)Peripherien beitragen können (Hewitt 2007, S. 15).

Eine ähnliche Debatte wie die über *Brain Circulation* wird im Falle der europäischen Süd-Nord-Migration jedoch kaum geführt. Obwohl staatliche Maßnahmen qualifizierte Emigrant*innen zur Rückkehr anzuregen versuchen, geschieht dies in der Logik der Wiedergewinnung von nationalem Humankapital, also: *Rebrain* nach dem Begriff des griechischen Bildungs-

ministeriums.⁴ Aber selbst der *Brain Circulation*-Ansatz hinterfragt grundsätzlich nicht den Kontext, in dessen Rahmen über die Frage diskutiert wird, welcher Gesellschaft die Ausgebildeten und qualifizierten Arbeitskräfte, die ›besten Köpfe‹, angehören. Trotz gewisser Differenzierungen bleiben diese Diskurse in der Logik nationaler Bevölkerungspolitik verankert und bringen die Süd-Nord-Ungleichheiten zum Vorschein – im Falle Europas die regionalen Disparitäten und die ungleiche Verteilung von Reichtum und Machtressourcen. Dabei wird ausgeblendet, wie Niederberger (2019) anmerkt, dass Ausbildung ein Grundrecht und vor allem ein universelles Menschenrecht ist. Diese Perspektive würde den Fokus des Diskurses verschieben, von dem Wettkampf um die ›besten Köpfe‹ auf Bildung als universelles Menschenrecht, das Staaten für alle Menschen unabhängig von Staatsbürgerschaft und nationaler Zugehörigkeit gewährleisten sollten.

4 Mobile Arbeitnehmer*innen aus Südosteuropa – oder: mobilisierte Prekarität

EU-2-Unionsbürger*innen werden in wissenschaftlichen Studien im Zusammenhang mit ›neuer Migration‹ insofern thematisiert, als ihre Mobilität über komplexe binneneuropäische Routen verlaufe – zumal die arbeitsbezogene Mobilität in Korrelation mit mehrfachen krisenbedingten Migrationserfahrungen stehe. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) legt nahe, dass die Finanzkrise die »Migrationsströme« »aus den stärker von der Krise betroffenen Ländern nach Deutschland« umgelenkt habe (Brücker et al. 2014); gemeint sind hierbei vornehmlich rumänische und bulgarische Staatsbürger*innen, die bisher in Spanien und Italien temporär oder langfristig beschäftigt waren (Jobelius und Stoiciu 2014, S. 2 f.).

Studien zur arbeitsbezogenen binneneuropäischen Mobilität von EU-2-Bürger*innen stellen vorherrschende Tendenzen von Fluktuation, temporärer sowie zirkulärer Mobilität und weniger permanenter Auswanderung fest (Kovacheva und Cyrus 2020; Fries-Tersch et al. 2019). Angesichts solcher ›liquiden‹ Mobilitätsmuster, die insbesondere bei rumänischen Arbeitnehmer*innen beobachtet werden, wird die Frage nach der Messbarkeit der Mobilität aufgeworfen (Elrick und Ciobanu 2009; Ciobanu 2013). Doch anders als im Falle der südeuropäischen Unionsbürger*innen, in dem ›flüchtige

4 Förderung junger Wissenschaftler und Maßnahmen für die Umkehrung der Flucht von Wissenschaftlern in das Ausland – brain drain (griechisch: Στήριξη Νέων Επιστημόνων και μέτρα για την αναστροφή της φυγής επιστημόνων στο εξωτερικό – brain drain). Quelle: Griechisches Bildungsministerium. <https://government.gov.gr/στηριξη-νεων-επιστημων-και-μετρα-γυ/>. Zugriff: 15.6.2021.

Migration« mit positiven Konnotationen versehen ist, werden der Diskurs um die ›liquide‹ Mobilität der EU-2-Unionsbürger*innen vornehmlich unter dem Stichwort ›Prekarität‹ geführt, wobei der Begriff ›liquide Mobilität‹ in diesem Fall ausbeuterische und problembehaftete Verhältnisse suggeriert. Aus Sicht von Kovacheva und Cyrus (2020, S. 20) stellt gerade die kurze Aufenthaltsdauer im Beschäftigungsland »einen Risikofaktor für prekäre Lebenslagen dar«, von welchem Bulgar*innen und Rumän*innen besonders stark betroffen seien. Insbesondere die Mobilität der Arbeitnehmer*innen, die dem Status von Leiharbeit oder Saisonarbeit unterliegen, wird im Zusammenhang mit Einschränkungen von sozialen Rechten thematisiert und entspricht dem, was Bettina Wagner und Anke Hassel (2017, S. 412) als »atypische Arbeitsmigration« bezeichnet haben: »*Atypische* Arbeitsmigration hat einen temporären Charakter und ist durch spezifische Restriktionen gekennzeichnet. Saisonarbeit, Entsendung und Solo-Selbstständigkeit gehören eher zu dieser Gruppe sowie zum zweiten Arbeitsmarkt.« Studien und Berichte über die arbeitsbedingte Mobilität rücken Verletzungen von sozialen Rechten ins Blickfeld und häufig auftretende lebensbedrohliche Arbeits- und Wohnbedingungen südosteuropäischer Arbeitnehmer*innen, die in »prekären oder ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen« (Kovacheva und Cyrus 2020, S. 22) in der Agrarwirtschaft, Fleischindustrie und anderen Wirtschaftssektoren (im Bau, in der Reinigung etc.) in Deutschland und anderen EU-Ländern beschäftigt werden (Corrado et al. 2020; Kuschel und Varelmann 2019; Voivozeanu 2019; Wallrabenstein 2016).

In welchen sozialpolitischen Deutungszusammenhängen die Semantiken des Prekaritätsbegriffs ausgeprägt werden, hat Auswirkungen darauf, wie die betroffenen Arbeitnehmer*innen wahrgenommen werden. Wissenschaftliche Untersuchungen und Berichte über mobile Arbeitnehmer*innen aus Südosteuropa bedienen sich häufig eines operationellen Prekaritätsbegriffs (Duell 2004), der den Fokus vornehmlich auf die Beschäftigungsverhältnisse (im nationalstaatlichen und/oder binneneuropäischen Kontext) und die Arbeitsbedingungen in den Beschäftigungsländern legt. Darüber hinausgehend, setzen andere Studien ein der kritischen Prekarisierungsforschung (Dörre 2017) nahestehendes Verständnis von Prekarität voraus, das das Hauptaugenmerk auf transnationale Ungleichheitsdispositionen und die ungleiche Verteilung von Reichtum und Macht zwischen europäischen Regionen bzw. Weltregionen lenkt. Aus dieser Perspektive betrachtet, erscheinen die mobilen Arbeitnehmer*innen als Projektionsfigur einer bestehenden Ungleichheitsordnung, die prekäre Lagen generiert und im Zuge der Arbeitnehmermobilität in Bewegung setzt.

Ein transnationales Prekaritätskonzept entwickeln Lewis et al. (2014) zwar mit Blick auf die Arbeitsmigration aus dem Globalen Süden in den

Globalen Norden, schließen aber auch die mobilen Arbeitnehmer*innen aus den EU-2- (und EU-8-)Ländern mit ein. Verschränkungen von Arbeitsmarktpositionen und transnationalen Lebenslagen mobiler Arbeitnehmer*innen beschreiben die Autor*innen mit dem Begriff ›Hyper-Prekarität‹ (*hyper precarity*), der neben Beschäftigungsverhältnissen und Arbeitsbedingungen (darunter auch soziale Isolation, unzulänglicher Arbeitsschutz, Verletzungsrisiko bzw. Lebensgefährdung) auch subjektspezifische und grenzübergreifende Sachlagen mit einbezieht, wie Bildungskapital und Lebenssituation vor der Mobilität, Verpflichtungen gegenüber den Familien im Herkunftsland, Zwangslagen wie die Verfügungsgewalt von Arbeitgebern und Vermittlungsagenturen über sie etc. Beiträge, die sich auf transnationale Prekaritätsansätze stützen, gehen auf die Frage ein, wie arbeitsbezogene Mobilität im EU-Wanderungsraum (Urzi und Williams 2017) transnationale (und inner-europäische) Ungleichheiten vergegenwärtigt und dabei südosteuropäische Arbeitnehmer*innen als eine Statusgruppe unter mehreren innerhalb eines Systems von stratifizierten sozialen Rechten konstituiert (Bouali 2018; Schmidt et al. 2018; Mohr 2005; Morris 2002). Ein erkennbarer Strang der Forschung lehnt sich indessen an die Erkenntnisse des interdisziplinären Forschungsfelds *border studies* an und untersucht die Stratifizierung von Rechten als Facette eines innereuropäischen ›Grenzregimes‹, das im Zuge der Migration in städtischer Sozialpolitik und auf lokalen Arbeitsmärkten manifest wird (Lebuhn 2012; Riedner 2015; 2018/19; Ajayi 2019).

Das Verdienst, die Korrelation von stratifizierten Rechten und Grenzregimen aufgezeigt zu haben, kommt zum großen Teil Sandro Mezzadra und Brett Neilson zu (Mezzadra und Neilson 2013; 2008). In ihren einflussreichen Arbeiten haben sie gezeigt, wie Grenzordnungen in ihrer Funktion als Systeme differentieller Inklusion stratifizierte Status mobiler Arbeitnehmer*innen generieren. ›Differentielle Inklusion‹ steht für ein System, »das – weit entfernt von einer Konstitution des Politischen durch Ausschluss – einen selektiven Prozess der Inklusion nahelegt, der darauf hinweist, dass jegliche Totalisierung des Politischen kontingent und Prozessen der Auseinandersetzung unterworfen ist« (Mezzadra und Neilson 2008). In Mezzadras und Neilsons Konzept finden sich klassische soziologische Theorien zu funktional differenzierten Gesellschaften wieder; es klingt auch die sogenannte ›kommunikative Wende‹ in den Gesellschaftswissenschaften an, infolge welcher der Exklusionsbegriff in Korrelation zu kommunikativen Handlungen neu bedacht wurde (Herzog 2013). Seine Kernelemente schöpft das Konzept der differentiellen Inklusion aus der transdisziplinären Grenzforschung, in der die Grenze für einen ›Ort‹ steht, an dem Mobilität durch Differenzierung, Filterung und Selektion ausgehandelt wird (Balibar 2004; Hess und Kasperek 2010; Riedner 2017). Prekarität wird zu einer Komponente des Arbeitneh-

merprofils, die die Vermittelbarkeit mobiler Arbeitnehmer*innen fördert. Trotz ihrer negativ behafteten Semantiken in wissenschaftlichen Studien bzw. politischen und gewerkschaftlichen Berichten wird Prekarität »normalisiert«, sobald sie zum Aspekt einer »normalen« Organisationsform der Arbeit« (Dörre 2017, S. 19) wird. Diese »Normalität« erlaubt Arbeitsvermittlungsagenturen, in ihren öffentlichen Anwerbekampagnen, auf die (für Arbeitgeber vorteilhafte) Prekarität vermittelter Arbeitskräfte zu setzen. Arbeitsvermittlungsagenturen, die Fach- oder Hilfsarbeitskräfte und Erntehelfer*innen aus südost- und osteuropäischen Ländern für den deutschen Arbeitsmarkt rekrutieren, versprechen den deutschen Arbeitgebern bestqualifizierte, fleißige und preiswerte Fachkräfte, »die anhand z. B. eines Werkvertrages für Sie arbeiten können, wobei die ganzen Kosten der Arbeit einfach in Rechnung gestellt werden«. Dabei entstehen für die Arbeitgeber »keine Abgaben und andere Verpflichtungen«. ⁵

Schon zuvor kommunizierten Presseberichte in der Öffentlichkeit das Bild »der Billiglöhner aus Osteuropa« (Hilmer und Hohndorf 2012), die im Schatten der – und dabei für die – Mehrheitsgesellschaft arbeiten: »In einer idyllischen Gegend in Niedersachsen wird im Sekundentakt geschlachtet, immer schneller, immer billiger, immer schmutziger. Erledigt wird das Gemetzel von einer Geisterarmee aus Osteuropa« (Kunze 2014). Während der pandemiebedingten Grenzsperrung im April und Mai 2020 ermöglichte die Einreise von Arbeitnehmer*innen aus Bulgarien und vor allem aus Rumänien die Weiterführung der Fleisch- und Agrarproduktion (Kuschel und Varelmann 2020; Brücker et al. 2020). Als COVID-19-Ausbrüche in den Schlachtbetrieben bestätigt wurden, gerieten die ausbeuterischen Arbeitsverhältnisse und menschenunwürdigen Wohnbedingungen der Saisonarbeiter*innen und entsandten Arbeitnehmer*innen als Problem in das Blickfeld der breiten Öffentlichkeit (Soric 2020; Kühnel 2020). Indessen intensivierten sich politische und gewerkschaftliche Debatten über prekaritätsfördernde strukturelle Sachlagen wie Werkverträge und Leiharbeit. ⁶ Dabei wurde sichtbar, was eigentlich längst bekannt war, so stellen Presseberichte fest: »Corona macht die Bedingungen in der Fleischindustrie sichtbar« (Röhlig

⁵ ST Europa, <https://www.steuropa.eu/de/index.html>. Zugriff: 14.6.2021.

⁶ Europäischer Verein für Wanderarbeiterfragen e.V. (EVW), Aktion in der Fleischwirtschaft: Forderungen für bessere und faire Arbeitsbedingungen und Abschaffung der Werkverträge, Gau-Bickelheim, 25.6.2020; <http://www.emwu.org/aktion-in-der-fleischwirtschaft-forderungen-fuer-bessere-und-faire-arbeitsbedingungen-und-anschaffung-der-werkvertraege/>. Zugriff: 14.6.2021; siehe auch Appell der Industriegewerkschaft Agrar – Umwelt an die Arbeitgeber: »Erntehelfer vor Infektion mit COVID-19 schützen«, Pressemitteilungen 2020, 18.3.2020, <https://igbau.de/Erntehelfer-vor-Infektion-mit-Covid-19-schuetzen.html>. Zugriff: 14.6.2021.

2020). Auslöser dieser erhöhten Sichtbarkeit war das Virus, das die Grenzen der gettoisierten Wohnblöcke zu überqueren vermochte und die Wohlstandsgesellschaft zu erreichen drohte. Aufgrund dieser Gefahr geriet die ›Geisterarmee‹ ans Licht der Öffentlichkeit – jedoch nicht nur als Leidtragende, sondern auch als ›Corona-Sündenböcke‹, so der WDR: »Das Unternehmen Tönnies und NRW-Ministerpräsident Laschet gehen davon aus, dass rumänische und bulgarische Arbeiter das Virus eingeschleppt haben«.7 Vor allem aber vermehrten sich Berichte über das »Sklavereisystem« Fleischindustrie« (Röhlig 2020) und »das Leiden der rumänischen Schlachter« (Ulrich 2020). Journalist*innen implizieren, dass nun die Betroffenen ihr Schweigen gebrochen hätten: »Immer mehr Menschen wagen es, über Zustände im Fleischbetrieb Tönnies und Machenschaften beteiligter Subunternehmen zu reden« (Stefanescu 2020). Aber haben die Betroffenen ihr Schweigen wirklich erst jetzt gebrochen – oder finden deren Stimmen jetzt bloß mehr Beachtung in der breiten Öffentlichkeit aufgrund der COVID-Ausbrüche? Schließlich sind Protestaktionen von bulgarischen und rumänischen mobilen Arbeitnehmer*innen schon vorher keine Seltenheit in deutschen Städten gewesen. Die Presse berichtete über solche Aktionen und auch darüber, dass bulgarische und rumänische mobile Arbeitnehmer*innen Rechtsberatung und Unterstützung bei den Gewerkschaften und mit ihnen kooperierende Träger gesucht haben (Welt-Redaktion 2014; Frenzel und Schönball 2014; Höppner 2020; Westbrock 2020).

Die prekären Arbeits- und Wohnbedingungen der bulgarischen und rumänischen mobilen Arbeitnehmer*innen, die unter dem Status von Leih- und Saisonarbeit am Rande, im Schatten der Gesellschaft arbeiten, erfahren nicht die gleiche öffentliche Aufmerksamkeit wie die Unionsbürger*innen aus denselben Ländern, die unter dem Aspekt der Armutswanderung wahrgenommen werden.

5 Armutsmigration: mobile, fremde und gefährliche Armut

Einige Monate vor der Einführung der vollständigen Arbeitnehmerfreizügigkeit für die EU-2- Staaten Bulgarien und Rumänien am 1. Januar 2014 äußerten die Innenministerien Großbritanniens, Deutschlands, Österreichs und der Niederlande ihre Einwände in einem gemeinsamen Schreiben an die EU-Präsidentschaft. Die Begründung lautete, einige Migrant*innen aus diesen Ländern »avail themselves of the opportunities that freedom of move-

7 »Tönnies: Rumänische Arbeiter als Corona-Sündenböcke?« WDR 5, Mittagsecho 18.6.2020; <https://www1.wdr.de/mediathek/audio/wdr5/wdr5-mittagsecho/audio-toennies-rumaenische-arbeiter-als-corona-suendenboecke-100.html>. Zugriff: 10.5.2021.

ment provides, without, however, fulfilling the requirements for exercising this right«. ⁸ Infolgedessen, hieß es, stellten solche Migrant*innen eine Belastung für die Wohlfahrtssysteme der alten EU-Länder dar.

Die Initiative der besagten Innenministerien entfachte heftige Debatten – auch innerhalb der EU⁹ – um die Frage, ob Bürger*innen der EU-2-Länder die Freizügigkeit ausnutzten, um in die Sozialtransfersysteme der wohlhabenden EU-Staaten einzuwandern. Im Rahmen dieser Debatten kristallisierte sich der Begriff ›Sozialtourismus‹ (*welfare tourism*), der zusammen mit den Begriffen ›Armutsmigration‹ und ›Armutswanderung‹ seine Karriere in den medialen, politischen und öffentlichen Diskursen europäischer Länder begann (Nielsen 2013).

In Deutschland wurde Sozialtourismus zum ›Unwort des Jahres 2013‹ (*May 2014*) und zum Gegenstand einer Kontroverse zwischen den politischen Parteien, die über die Presse die breite Öffentlichkeit erreichte (*Zeit Online* 2013). Die NPD stellte einen direkten Zusammenhang zwischen Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien und Sozialbetrug her.¹⁰ Besonderes Aufsehen erregte die CSU-Klausur in Kreuth (Dezember 2013) und der dortige Beschluss für »einen schärferen Kurs gegen Armutsmigranten aus EU-Staaten«, namentlich Bulgarien und Rumänien. Diese »Armutszuwanderung«, hieß es, »bringt auch Kommunen an die Grenzen ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit« (Roßmann 2013). Gegenwind kam von der Koalitionspartnerin SPD sowie von Oppositionsparteien, die auf populistische Kräfte hinwiesen, die »die Sorgen einiger Kommunen politisch« (Jobelius und Stoiciu 2014, S. 1) missbrauchten. Aus Anlass von »oft populistisch dargestellten Befürchtungen« über ›Sozialtourismus‹ fragten die Abgeordneten der

8 Ministers of the Interior of Austria, Germany, the Netherlands and the UK. (2013, April). Letter to the Irish Presidency, http://docs.dpaq.de/3604-130415_letter_to_presidency_final_1_2.pdf. Zugriff: 14.6.2021; siehe auch ›Free movement: Vice-President Reding's intervention at the December Justice and Home Affairs Council, 5 December 2013‹: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/SPEECH_13_1025. Zugriff: 14.6.2021.

9 Siehe Bezugnahme des Council of the European Union auf dieses Schreiben und Reaktion darauf: 14149/13 (OR. en), PRESSE 393 PR CO 46; PRESS RELEASE, 3260th Council meeting, Justice and Home Affairs, Luxembourg, 7 and 8 October 2013, S. 11; <https://db.eurocrim.org/db/en/doc/1952.pdf>. Zugriff: 28.9.2020. Final report submitted by ICF GHK in association with Milieu Ltd, A fact finding analysis on the impact on the Member States' social security systems of the entitlements of non-active intra-EU migrants to special non-contributory cash benefits and healthcare granted on the basis of residence, 14 October 2013; <https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/c6de1d0a-2a5b-4e03-9efb-ed522e6a27f5>. Zugriff: 15.6.2021. Zur Entstehung einer (Gegen-)Koalition skandinavischer Länder siehe Barbulescu (2017), S. 24.

10 Kleine Anfrage des Abgeordneten Udo Pastörs, Fraktion der NPD, Zuwanderung aus Bulgarien und Rumänien und Antwort der Landesregierung, Landtag Mecklenburg-Vorpommern, 6. Wahlperiode Drucksache 6/166, 25.3.2013.

Grünen im baden-württembergischen Landtag nach verfügbaren Daten, die die Vorwürfe über »Zuwanderung in die Sozialsysteme« seitens Unionsbürger*innen aus Rumänien und Bulgarien belegen.¹¹

Zwei Studien zogen wissenschaftliche Belege gegen die ›Sozialtourismus‹-Behauptung heran: ein Bericht des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Brücker et al. 2013) und das Jahresgutachten des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR 2013). Ersterer legt dar, dass weder die nachweislich niedrigen Arbeitslosenquoten noch der unterdurchschnittliche Bezug von sozialen Transferleistungen bei bulgarischen und rumänischen Unionsbürger*innen eine besondere Tendenz zur Ausnutzung von Sozialleistungen bestätigten. Ähnlich argumentiert das SVR-Gutachten, das aber zugleich darauf hinweist, dass »das Wohlstandsgefälle innerhalb der EU« sowie die Wirtschaftskrise in einigen dieser Länder »zu einer ›Sozialtransfermigration‹ führen könnten«. Die politischen und öffentlichen Auseinandersetzungen um die Zuwanderung bulgarischer und rumänischer Unionsbürger*innen kreisten um die Frage nach der Belastung für die Städte durch diese Zuwanderung. An Popularität gewann in diesem Kontext der Begriff ›Armutsmigration‹ (bzw. sein Synonym ›Armutswanderung‹), der davon ausgeht, dass Migration soziale Probleme in den lokalen Gesellschaften der Einwanderungsländer verursacht – oder bloß verstärkt, wie wissenschaftliche Untersuchungen nahelegen. Max Matter zufolge wurden die Zuwander*innen aus Südosteuropa, unmittelbar nach dem Beitritt der EU-2-Staaten, zu einem neuen Bestandteil einer bereits bestehenden »Problematik strukturschwacher Städte«, die infolge der Deindustrialisierung »über einen hohen Wohnungsleerstand und günstigen Wohnraum verfügten« (Matter 2017, S. 104). Im Anschluss an diese Kontroversen untersuchen Forschungsbeiträge, wie alte und neu entstandene ›Problemviertel‹ in deutschen Städten zum Gegenstand von »urbanen Auseinandersetzungen um EU-Migration« (Riedner 2018/2019) zwischen Alteingesessenen und Zuzügler*innen werden (Böckler et al. 2018, Cöster 2016).

Aus Sicht einiger Untersuchungen stellen die Wohn- und Arbeitssituation von EU-2-Bürger*innen in den deutschen urbanen Zentren miteinander verflochtene Facetten von prekären Lagen dar, die einen Kreislauf von Benachteiligungen auf – wenn nicht gar Ausschlüssen aus – dem Arbeits- und Wohnungsmarkt bewirken (Dubois 2019; Riedner 2015; Reichenbach 2013). Aus einem anderen Blickwinkel betrachtet, seien die Kommunen die Leittragenden der durch die Zuwanderung bulgarischer und rumänischer Bür-

¹¹ Landtag von Baden-Württemberg 15. Wahlperiode Drucksache 15/5076, 11.4.2014; Antrag der Abg. Josef Frey u. a. GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren.

ger*innen verursachten sozialen Probleme. Die Kommunen haben durch ihre Vernetzung und sozialpolitischen Handlungsstrategien den Diskurs um Armutsmigration maßgeblich geprägt.

Ein Positionspapier der Stadt Dortmund (9.3.2012) führt den Begriff »Kommunalisierung der Folgen von Regelungsdefiziten im EU-Erweiterungsprozess« an und bezieht sich dabei explizit auf den EU-Beitritt Rumäniens und Bulgariens (siehe Stadt Dortmund 2014, S. 3). Die Mobilisierung der Kommunen mündete in die Gründung von Arbeitsgemeinschaften, wie die Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft »Armutswanderung aus Osteuropa« oder die Arbeitsgruppe »Zuwanderung von Menschen aus Rumänien und Bulgarien« (Freie und Hansestadt Hamburg 2013). Einen Markstein stellte ein Positionspapier des Deutschen Städtetags im Januar 2013 »zu den Fragen der Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien« dar. Es erwies sich als maßgebend für den politischen und öffentlichen Diskurs um die Migration aus Bulgarien und Rumänien. In einer Studie zu medialen Repräsentationen von Migrant*innen aus den EU-2-Ländern misst Sabrina Wagner (2018, S. 274) diesem Positionspapier eine diskursformierende Relevanz bei: »Mit dem Papier hat sich die journalistische Nachrichtenselektion verändert, was in der Folge auch thematisch verwandten Ereignissen einen hohen Nachrichtenwert verleiht«. Wagner zufolge hielt der Begriff »Armutswanderung« erst nach seiner Verwendung in diesem Papier Einzug in die breite Öffentlichkeit. Das Papier wurde allerdings auch kontrovers diskutiert. In seiner Stellungnahme warnte der Deutsche Caritasverband (2013, S. 3) »vor Übertreibungen«: »Es droht weder »eine Zuwanderungswelle« [...] noch ist der »soziale Frieden in höchstem Maße gefährdet«. Aus Sicht von Wolf-Dietrich Bukow (2013) sind »die beklagten Probleme »hausgemacht« und dem Umstand geschuldet, dass die Kommunen nicht einsehen, dass Migration zur Normalität städtischer Gesellschaften gehört.

Mit welchen Konnotationen ist der Begriff »Armut« im Diskurs um Armutsmigration versehen? Und welchen Zuwanderer*innen aus Bulgarien und Rumänien gilt die Bezeichnung »Armutsmigrant*innen«? Denn das Positionspapier des Deutschen Städtetags verweist darauf, dass die als »Armutswanderung« bezeichnete Situation »nicht auf alle zuwandernden Menschen aus Rumänien und Bulgarien zutrifft«, sicher nicht auf »gut integrierte Rumänen und Bulgaren« (Deutscher Städtetag 2013, S. 3).

Diverse Positionspapiere und Berichte problematisieren, dass die binneneuropäische Freizügigkeit prekäre Verhältnisse in Bulgarien und Rumänien und das Armutsgefälle innerhalb der EU auf deutsche Städte verlagere. »(EU-)Armutswanderung« wird als die »aus dem Armutsgefälle in der EU resultierende Binnenmigration« (Stadt Dortmund 2020, S. 105) definiert. Schon in einem früheren Dortmunder Positionspapier wurde »Armutswan-

derung« dem Umstand zugeschrieben, dass »in beiden Beitrittsländern vielerlei europäische Standards noch nicht erreicht waren und Menschen dort unter prekärsten Bedingungen lebten« (Stadt Dortmund 2014, S. 3). Vor allem sei es die Situation der Roma, die beträchtliche Defizite der EU-2-Länder in »den Bereichen Bildung und Arbeit, Gesundheit und Wohnen, Menschenrechte und Minderheitenschutz« belege (Deutscher Städtetag 2013, S. 2). Einen direkten Zusammenhang zwischen »Armutsmigration« und den südosteuropäischen Roma stellt die »Berliner Strategie zur Einbeziehung ausländischer Roma« her, die 2012 vom Berliner Senat beschlossen wurde (von Oswald 2019). Im Gegensatz zu der Mehrheit der Berichte, die den Fokus auf die Roma legt, behauptet ein Duisburger Sachstandsbericht, dass es sich »bei der gesamten Zuwanderung aus Südost-Europa im Wesentlichen um eine Armutsmigration handelt« und verzichtet deshalb »auf eine Einteilung der Menschen in Roma/Nicht-Roma« (Stadt Duisburg 2013, S. 3).

Aus Sicht wissenschaftlicher Studien besteht kein Zweifel daran, »dass es bei der Berichterstattung zur Situation in einzelnen Städten, bei den Beratungen und der Ausarbeitung von Strategiepapieren immer wieder auch um Roma ging und geht!« (Matter 2017, S. 105). Denn die Migration der Roma prägte »die Wahrnehmung der EU-Binnenwanderung aus Bulgarien und Rumänien nach Deutschland« (Kovacheva und Cyrus 2020, S. 23), selbst wenn keine Daten belegen, dass es sich um »Roma-Einwanderung« im Besonderen handelt (siehe auch Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz 2014). Die Bilder, die mediale Berichte über Armutsmigration in Deutschland begleiten, beziehen sich häufig auf gettoisierte Roma-Siedlungen in Bulgarien und Rumänien. Das Vorstellungsbild von Armut scheint zu erschaffen, was die Zahlen zu Zuwanderung und Sozialtransferleistungen nicht zu belegen vermögen: das in der europäischen Geschichte konstituierte und immer wieder aktualisierte Schreckensbild einer Masse aus fremden Armen, die die wohlhabenden europäischen Länder zu überfluten droht (Heuß 1996; Lucassen und Willems 1995). Das Vorstellungsbild der Roma fungiert dabei als eine Deutungsfigur, in der (wie es für Deutungsfiguren typisch ist) »verschiedene Wissens- bzw. Deutungselemente und bewertende Bestandteile verknüpft werden« (Keller 2007, Paragraph 29). Bukow (2013, S. 4) stellt fest, »dass man in bestimmten Städten bei der Migration aus Südosteuropa schon fast reflexartig auf altvertraute und latent rassistische bzw. antiziganistische Deutungs- und Steuerungsmechanismen zurückgreift«.

Die Semantiken der Armut im Diskurs um die »Armutswanderung« schöpfen also aus einem ethnizierenden Deutungsmuster der Roma als »Sozialfall«, das, wie der Journalist Wieland Schneider (2010) schrieb, »das Zerrbild Rom = arm« generiert. Der Evaluationsbericht zur Berliner Strategie zur Einbeziehung ausländischer Roma warnt vor der Gefahr der »Ethnisierung

von sozialen Problemen«, sobald Maßnahmen ausschließlich an Roma und nicht »an alle Menschen mit bestimmten Bedarfen« gerichtet werden (von Oswald 2019, S. 6). Ein essenzialistisches und ethnisierendes Armutverständnis geht aus der Rekonstruktion der sozialpolitischen und öffentlichen Diskurse um die ›Armutswanderung‹ hervor, die den Roma unüberwindliche Integrationsdefizite zuschreiben. In ihren Herkunftsländern, so heißt es im Positionspapier des Deutschen Städtetags (2013, S. 3), »leben [sie] in miserablen Wohnverhältnissen und geben sich auch im Zielland mit schlechten Wohnsituationen zufrieden«. Neben einer schlechten »Bildungs- und Ausbildungssituation« seien auch »die sozialisationsbedingten Erfahrungshorizonte« der Armutsmigrant*innen eine Erschwernis für ihre Integration in den Arbeitsmarkt (Deutscher Städtetag 2013, S. 3). In der Korrelation von Armut mit sozialisationsbedingten Verhaltensmustern wirkt die aus der Armutsforschung bekannte Idee einer ›Kultur der Armut‹ latent nach. Diese Idee erklärt Deprivation durch eine behauptete »Persistenz von Kultur aufgrund einer Art von ›Eigenleben‹« (Goetzer 1992, S. 95). Die ›Kultur der Armut‹ diene häufig als Erklärungsmodell für die dauerhafte Deprivation der Roma. Michael Stewart (2002) fasst die gedanklichen Elemente, die diesem Erklärungsmodell zugrunde liegen, wie folgt zusammen: Roma lebten am Rande der Gesellschaft und da entwickelten sie eine ausgeprägte Kultur, die gekennzeichnet sei durch das Fehlen sozialer Institutionen, Unordnung, deviantes Verhalten und Kriminalität.

Aus einer Langzeitanalyse von Berichterstattungen der deutschen Medien schlussfolgert Markus End (2014), dass die Assoziation von bulgarischen und rumänischen Roma-Migrant*innen mit Delinquenz (oder Tendenz zur Delinquenz) und ›antisozialen‹ Verhaltensweisen medial übermittelt wird und antiziganistische Diskurse unterstützt. Kurz vor dem Inkrafttreten der vollständigen Freizügigkeitsrechte für die EU-2-Länder berichtete beispielsweise eine *Phoenix*-Sendung:

»Sie kommen aus dem größten Elend zu uns, aus Gebieten, wo Müll auf unbefestigten Straßen liegt und man in Ruinen ohne Wasser, Strom und Toiletten haust. Seit Rumänien und Bulgarien 2007 Mitglied der Europäischen Union wurden und sich die Grenzen öffneten, drängt es immer mehr Südosteuropäer weg aus dieser Not. Die Menschen zieht es in deutsche Großstädte, nach Berlin, Dortmund, Duisburg, München, Hannover, Offenbach. [...] Bei uns angekommen, leben viele der sogenannten Armutsfüchtlige hier wieder auf engstem Raum in heruntergekommenen Häusern.«¹²

In diesem Licht gesehen, wird ›Armutsmigration‹ bzw. Migration bulgarischer und rumänischer Roma zu einer Sicherheitsfrage und zu einem Aspekt

¹² Maybrit Illner, Thema: ›Elend dort, Angst hier – Kommen jetzt die Armen aus Osteuropa?‹ 1.3.2013, 16:10-17:15 Uhr, 65 Min., VPS 16:00 phoenix, <https://programm.ard.de/TV/Programm/Sender/?sendung=287259479440082>. Zugriff: 14.6.2021.

der Ordnungspolitik und Kriminalitätsbekämpfung europäischer Staaten (Specht 2015). Und dies nicht zum ersten Mal, bemerken van Baar et al. (2019, S. 6) und verweisen auf »the long history of problematizing the mobility of the Roma along the lines of a threat«. Polizei-Einsätze und kollektive Abschiebungen von bulgarischen und rumänischen Roma aus EU-Staaten wie Frankreich, Italien, Dänemark, Schweden fanden auch nach 2007 statt und wurden damit begründet, dass die betreffenden EU-2-Bürger*innen eine Bedrohung für die öffentliche Ordnung darstellten und des Diebstahls verdächtig seien (European Roma Rights Centre 2010; 2011). Die Abschiebungen und ihre Rechtfertigung als Sicherheitsfrage wurden von Menschenrechtsorganisationen und Bürgerinitiativen kritisiert und von Forschungsbeiträgen als Anhaltspunkt für die Rassifizierung des europäischen Mobilitätsregimes betrachtet. Für van Baar et al. (2019) liegt ein grundsätzlicher Differenzierungsfaktor zwischen Mobilität und Migration im EU-Wanderungsraum gerade in der Rassifizierung der Roma-Unionsbürger*innen. Der Diskurs um die Armutsmigration lässt die Freizügigkeit von Unionsbürger*innen als schädlich für die wohlhabenden europäischen Gesellschaften erscheinen, indem sie die ›schützenden Grenzen‹ aufweiche und somit das tatsächliche Eintreten einer drohenden Entwicklung ermögliche.

6 Fazit

Ziel dieses Aufsatzes war es, wissenschaftliche, politische und öffentliche Diskurse um die binneneuropäische Migration in den Blick zu nehmen, die mit zwei innereuropäischen Entwicklungen zusammenhängen: mit der Wirtschaftskrise und ihren migrationsauslösenden Effekten für die südeuropäischen EU-Mitgliedstaaten sowie mit der vollständigen Freizügigkeit für Bürger*innen der südosteuropäischen Mitgliedstaaten. Die diskursiven Auseinandersetzungen um diese Themen wurden anhand von vier ›Grunderzählungen‹ analysiert, die Migrationen aus Südeuropa und Südosteuropa betreffen. Aus der Analyse geht als gemeinsames Element dieser Grunderzählungen hervor, dass die Mobilität von Unionsbürger*innen, explizit oder implizit, mit innereuropäischen Ungleichheitskonstellationen assoziiert wird – zumal solchen, die in Zusammenhang stehen mit der Wirtschaftskrise respektive prekären Arbeits- und Beschäftigungsverhältnissen und dem Wohlstandsgefälle zwischen südosteuropäischen und alten EU-Mitgliedstaaten. Im Zuge der binneneuropäischen Wanderung zeichneten sich diese Ungleichheiten in den wohlhabenden EU-Zuwanderungsländern ab, indem sie nicht mehr »eine statistische Abstraktion, die mit der Lebenswirklichkeit der Menschen wenig zu tun hätte« (Delhey und Kohler 2006, S. 340), sondern eine gegenwärtige Realität ›im eigenen Haus‹ darstellten, die in mobilen

Unionsbürger*innen personifiziert werde. Ungleichheitskonstellationen werden aber in jeder der hier betrachteten Grunderzählungen in unterschiedlichen Deutungszusammenhängen wahrgenommen und bewertet, woraus sich entsprechend unterschiedliche Deutungsfiguren von mobilen Unionsbürger*innen herauskristallisieren.

Die Semantiken der ›neuen Migration‹ formieren sich an der Schnittstelle zwischen wissenschaftlichen, politischen und medialen Diskursen, die weitestgehend in der Annahme einer krisenbedingten Auswanderung aus Südeuropa verankert sind. Wissenschaftliche Studien streiten um die Frage, ob sich ein krisenbedingtes, zumal der ›Gastarbeiter‹-Migration entsprechendes Auswanderungsphänomen aus Südeuropa empirisch belegen lasse oder ob das Aufsehen, das die Thematik erregte, einer bloßen medialen Konstruktion geschuldet sei. Abgesehen davon, wie die Antwort auf diese Frage jeweils ausfällt, wirken die politischen Narrative um die ›Talentabwanderung‹ sowie der Wettbewerb zwischen den südeuropäischen und den mitteleuropäischen EU-Mitgliedstaaten (vor allem Deutschland) um die ›besten Köpfe‹ sinnstiftend für die Bilder von südeuropäischen ›neuen Migrant*innen‹ als Nachfolger*innen der ›Gastarbeiter‹, als ›Exilanten‹ der Wirtschaftskrise oder als verlorenes oder gewonnenes bzw. wiederzugewinnendes Humankapital. Sobald aber ›neue Migration‹ an Paradigmen von fluider, uneingeschränkter Mobilität verankert wird, erscheinen die ›neuen Migrant*innen‹ als Individualist*innen, die ›prekär, aber glücklich‹ in europäischen Metropolen zeitweilig und/oder ohne Zukunftspläne leben.

Die Vorstellung der Prekarität liegt zwar auch den diskursiven Auseinandersetzungen um die Mobilität südosteuropäischer Unionsbürger*innen zugrunde, jedoch weist sie in deren Fall keine positiven Nuancen auf. Im Lichte eines transnationalen Prekaritätsbegriffs, wie ihn kritische wissenschaftliche Studien vorschlagen, figurieren die mobilen Arbeitnehmer*innen aus Südosteuropa als Projektion der innereuropäischen Ungleichheiten, wobei Prekarität in ihrem Arbeitnehmer*innenprofil verankert wird und als Passierschein für den Arbeitsmarkt anderer EU-Mitgliedstaaten wirkt. Mit sehr verschiedenen Konnotationen wird Armut in politischen, kommunalen und medialen Diskursen über ›Armutsmigration‹ aus den EU-2-Mitgliedstaaten versehen. Diese Diskurse bilden ihren Gegenstand in konkurrierenden Deutungen des innereuropäischen Armutsgefälles und dessen (unerwünschten) Folgen für die wohlhabenden EU-Mitgliedstaaten im Zuge der binneneuropäischen Migration. Die mit Konfliktpotenzial behafteten Semantiken des Begriffs ›Armutsmigration‹ schöpfen aus Deutungsmustern von Armut als Gefahr, Armut, die ›woanders‹ (in Südosteuropa) existiert und sich – durch die Unionsbürgerschaft begünstigt – in Bewegung setzt, um den Wohlstand, die Ordnung und den sozialen Frieden in den EU-Zuwande-

rungsländern zu gefährden. Aus Sicht wissenschaftlicher Studien und verschiedener bürgergesellschaftlicher Träger ist diese Gefährdung ein Konstrukt der Städte sowie politischer, kommunaler und medialer Diskursteilnehmer*innen, die ihre Grundannahmen aus seit Langem tradierten antiziganistischen Ressentiments schöpfen und einseitig exponieren. Damit projizieren sie die altbekannte essenzialisierte Figur der Roma bzw. ›Zigeuner‹ als Sozialfall auf bulgarische und rumänische Migrant*innen.

Die Diskurse, die dieser Aufsatz in den Blick genommen hat, und die Deutungsfiguren, die diese Diskurse generieren, finden unterschiedliche öffentliche Beachtung. Die Bilder sowohl der südeuropäischen ›neuen Migrant*innen‹ und Hochqualifizierten als auch der südosteuropäischen ›Armutsmigrant*innen‹ stehen im Licht der Öffentlichkeit, nicht zuletzt durch den maßgebenden Einfluss der medialen und politischen Diskurse, die aus Sicht wissenschaftlicher Studien die krisenbedingte Auswanderung aus Süd- und Osteuropa respektive die Roma-Auswanderung aus Bulgarien und Rumänien dramatisierten. Im Vergleich dazu erregen die südosteuropäischen mobilen Arbeitnehmer*innen und die Prekarität ihrer Situation weniger öffentliches Aufsehen; weder willkommen (wie die ›neuen Migrant*innen‹) noch unerwünscht (wie die ›Armutsmigrant*innen‹), bleiben sie als nützliche Arbeitskräfte im Schatten des öffentlichen Bewusstseins.

Die hier angestellte parallele Betrachtung der diskursiven Auseinandersetzungen über Unionsbürger*innen aus Südeuropa und aus Südosteuropa bestätigt die Annahme von Anusheh Farahat (2016, S. 107), wonach sich die Differenzierung zwischen Unionsbürger*innen eher nach sozialem Status als nach Staatsangehörigkeit vollzieht. Der unterschiedliche soziale Status der Unionsbürger*innen liegt der terminologischen Differenzierung zwischen Mobilität und Migration zugrunde – und auch der Betrachtung des EU-Wanderungsraums aus dem Blickwinkel eines innereuropäischen Grenzregimes, wie ein Forschungsstrang nahelegt. Aus dieser Perspektive erscheint der EU-Wanderungsraum als ein Ort, an dem die Mobilität der Unionsbürger*innen einen Selektionsprozess durchläuft: Die Zuschreibung von Qualifikation (im Diskurs um *Braindrain/Braingain*) wie auch Prekarität (bei den ›mobilen Arbeitnehmer*innen‹) fungieren als Passierscheine, obgleich sie ihren Trägern unterschiedliche Positionen im Zuwanderungsland einräumen. Gerade die diskursiven Auseinandersetzungen um die ›Armutsmigration‹ fügen Rassifizierungen als ein zusätzliches Element in den Selektionsprozess hinzu. Aus diesem Blickwinkel betrachtet, fungiert der EU-Wanderungsraum als ein Rassifizierungsort, in dem nicht nur Bürger*innen aus Drittstaaten rassifiziert werden (wie mehrere Studien aufgezeigt haben), sondern auch Unionsbürger*innen.

Literatur

- Absenger, Nadine, und Florian Blank. 2015. Die Grenzen von Freizügigkeit und Solidarität: Der Ausschluss von EU-Bürgern aus der Grundsicherung für Arbeitsuchende. *WSI Mitteilungen* 5: 355–364.
- Ajavi, Folashade Miriam. 2019. Zugang unter Vorbehalt: Einstellungen zur Sozialpolitischen Inklusion von Unionsbürger_innen. In ›Fördern und Fordern‹ im Diskurs: Einstellungen in der Bevölkerung zu Hartz IV und aktivierender Arbeitsmarktpolitik, Hrsg. Jan-Ocko Heuer, Katharina Zimmermann und Lisa Klein, 129–148. Opladen: Barbara Budrich.
- van Baar, Huub, Ana Ivasiuc, und Regina Kreide. 2019. The European Roma and Their Securitization: Contexts, Junctures, Challenges. In *The Securitization of the Roma in Europe*, Hrsg. Huub van Baar, Ana Ivasiuc, und Regina Kreide, 1–25. New York: Palgrave.
- Baas, Timo. 2017. Fachkräftezuwanderung im Rahmen der EU-Binnenmobilität. In *Faire Fachkräftezuwanderung nach Deutschland: Grundlagen und Handlungsbedarf im Kontext eines Einwanderungsgesetzes*, Hrsg. Bertelsmann Stiftung, 89–112. Gütersloh: Verlag der Bertelsmann Stiftung.
- Baas, Timo. 2019. Unionsbürger und Bürgerinnen in Deutschland. Eine Übersichtsstudie zu Vorteilen und Herausforderungen bei der Inanspruchnahme der Arbeitnehmerfreizügigkeit. Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Gleichbehandlungsstelle EU-Arbeitnehmer, <https://www.eu-gleichbehandlungsstelle.de/resource/blob/207132/1583340/86fca213057490855bfb1ae1e2b64911/studie-2019-data.pdf>. Zugriff: 14.6.2021.
- Baas, Timo, Herbert Brücker, Martin Dietz, Alexander Kubis, und Anne Müller. 2011. Arbeitnehmerfreizügigkeit. Neue Potenziale werden bisher kaum genutzt. *IAB-Kurzbericht* 24/2011. Nürnberg.
- Balibar, Étienne. 2004. *We the People of Europe? Reflections on Transnational Citizenship*. Princeton: Princeton University Press.
- Barbulescu, Roxana, und Adrian Favell. 2020. Commentary: A Citizenship without Social Rights? EU Freedom of Movement and Changing Access to Welfare Rights. *International Migration* 58 (1): 151–165.
- Barbulescu, Roxana. 2017. From International Migration to Freedom of Movement and Back? Southern Europeans Moving North in the Era of Retrenchment of Freedom of Movement Rights. In *South-North Migration of EU Citizens*, Hrsg. Jean-Michel Lafleur und Mikolaj Stanek, 15–31. Cham: Springer.
- Barwińska-Małajowicz, Anna, und Alexandra David. 2014. Motive der Migration. Suche nach besseren Berufschancen oder soziökonomische Notwendigkeit? *Forschung Aktuell* 5. Bochum: Institut Arbeit und Technik. urn:nbn:de:0176-201405015.
- Bernsdorff, Norbert. 2016. Sozialleistungstransfer nach Europa–Freizügigkeit versus (nationales) Territorialitätsprinzip. *Recht und Politik* 52 (1): 28–40.
- Bertoli, Simone, Herbert Brücker, und Jesús Fernández-Huertas Moraga. 2013. The European Crisis and Migration to Germany: Expectations and the Diversion of Migration Flows. IZA [Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit] *Discussion Papers* No. 7170. <https://docs.iza.org/dp7170.pdf>.

- Black, Richard, Godfried Engbersen, Marek Okólski, und Cristina Panțiru, Hrsg. 2010. *A Continent Moving West? EU Enlargement and Labour Migration from Central and Eastern Europe*. IMISCOE Research. Amsterdam: Amsterdam University Press.
- BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. 2015. Freizügigkeitsmonitoring: Jahresbericht, https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Berichtsreihen/MigrationIntegration/Freizuegigkeitsmonitoring/freizuegigkeitsmonitoring-jahresbericht-2015.pdf?jsessionid=C38E86B191473CD8245B18428DD4B4EA.internet551?__blob=publicationFile&v=16, Zugriff: 15.6.2021.
- Böckler, Stefan, Margarita Gestmann, und Thomas Handke. 2018. *Neuzuwanderung in Duisburg-Marxloh. Bulgarische und rumänische Zuwanderer und Alteingesessene im Ankunftsquartier*. Wiesbaden: Springer VS.
- Bouali, Celia. 2018. Facing Precarious Rights and Resisting EU ›Migration Management‹: South European Migrant Struggles in Berlin. *Social Inclusion* 6 (1): 166–175.
- Brücker, Herbert, Andreas Hauptmann, und Ehsan Vallizadeh. 2013. Zuwanderer aus Bulgarien und Rumänien: Arbeitsmigration oder Armutsmigration? *IAB-Kurzbericht 16*. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg.
- Brücker, Herbert, Ingrid Tucci, Simone Bartsch, Martin Kroh, Parvati Trübswetter, und Jürgen Schupp. 2014. Auf dem Weg nach Deutschland. Neue Muster der Migration. *DIW-Wochenbericht* 43: 1126–1135.
- Brücker, Herbert, Andreas Hauptmann, Sekou Keita, Ehsan Vallizadeh. 2020. Zuwanderungsmonitor. *Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Aktuelle Berichte*. Nürnberg.
- Bukow, Wolf-Dietrich. 2013. Warum man in den Städten bei der Migration aus Südosteuropa reflexartig auf latent rassistische Deutungs- und Steuerungsmechanismen zurückgreift, statt sich auf die eigene Geschichte im Umgang mit Einwanderung zu besinnen. *Working Paper* 2013/04, Universität Siegen. https://fokos.de/wp-content/uploads/2019/07/wp_2013_05.pdf. Zugriff: 15.6.2021.
- Ciobanu, Ruxandra Oana. 2013. Diverging or Converging Communities? Stages of International Migration from Rural Romania. In *Mobility in Transition. Migration Patterns after EU Enlargement*, Hrsg. Birgit Glorius, Izabela Grabowska-Lusinska und Aimee Kuvik, 65–84. Amsterdam: Amsterdam University Press.
- Clemens, Marius, und Janie Hart. 2018. EU-Zuwanderung hat das Wirtschaftswachstum in Deutschland erhöht. *DIW Wochenbericht* 44: 955–963.
- Corrado, Alessandra, et al. 2020. *Are Agri-food Workers only Exploited in Southern Europe? Case Studies on Migrant Labour in Germany, The Netherlands, and Sweden*. Open Society. European Policy Institute.
- Cöster, Anna Caroline. 2016. *Frauen in Duisburg-Marxloh. Eine ethnographische Studie über die Bewohnerinnen eines deutschen ›Problemviertels‹*. Bielefeld: transcript.
- Dahinden, Janine. 2016. A Plea for the ›De-migranticization‹ of Research on Migration and Integration. *Ethnic and Racial Studies* 39 (13): 2207–2225.
- Delhey, Jan, und Ulrich Kohler. 2006. Europäisierung sozialer Ungleichheit. Die Perspektive der Referenzgruppen-Forschung. In *Die Europäisierung sozialer Ungleichheit. Zur transnationalen Klassen- und Sozialstrukturanalyse*, Hrsg. Martin Heidenreich, 339–358. Frankfurt a.M.: Campus.
- Dernbach, Andrea. 2014. Italiener in Berlin: Prekär, aber glücklich. *Tagesspiegel*, 30.7.2014.

- Deutscher Caritasverband. 2013. Position des Deutschen Caritasverbandes insbesondere zur Zuwanderung aus Bulgarien und Rumänien. http://harald-thome.de/files/pdf/media/CV-Position_EU_Mobilit-t_2013_10_01.pdf. Zugriff: 15.6.2021.
- Deutscher Städtetag. 2013. Positionspapier des Deutschen Städtetages zu den Fragen der Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien. Berlin: 22.1.2013. <https://www.staedtetag.de/files/dst/docs/Publicationen/Positionspapiere/Archiv/zuwanderung-rumaenien-bulgarien-positionspapier-2013.pdf>. Zugriff: 15.6.2021.
- Diaz-Bone, Rainer. 2005. Zur Methodologisierung der Foucaultschen Diskursanalyse. *Forum Qualitative Sozialforschung/Forum: Qualitative Social Research* 7 (1), Art. 6. <http://nbnresolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs060168>.
- Díaz-Hernández, Ramón, und Juan M. Parreño-Castellano. 2017. The Recent International Emigration of Young Spaniards. The Emigrants' Narrative versus the Official and Media Perception. In *European Mobility in Times of Crisis*, Hrsg. Birgit Glorius und Josefina Domínguez-Mujica, 245–265. Bielefeld: transcript.
- Dörre, Klaus. 2017. Die neuen Vagabunden. Prekarität in reichen Gesellschaften. In *Handbuch Kritische Theorie*, Hrsg. Uwe H. Bittlingmayer, Alex Demirović und Tatjana Freytag, 1–22. Wiesbaden: Springer.
- Dubois, Maëlle. 2019. EU-Zugewanderte auf dem Berliner Arbeitsmarkt. In *Prekär in Berlin. Zusammenhänge zwischen Arbeitsmarktintegration und Wohnungsnotfällen bei EU-Zugewanderten*, Hrsg. Christian Pfeffer-Hoffmann, 85–124. Berlin: Mensch und Buch Verlag.
- Duell, Nicola. 2004. Defining and Assessing Precarious Employment in Europe: A Review of Main Studies and Surveys. Discussion paper-ESOPÉ Project. *Economix*. München. <https://economix.org/a55ets/publications/ECONOMIXanalysis-precario-us-employment-Europe.pdf>. Zugriff: 15.6.2021.
- Elrick, Tim, und Oana Ciobanu. 2009. Evaluating the Impact of Migration Policy Changes on Migration Strategies: Insights from Romanian-Spanish Migrations. *Global Networks* 9 (1): 100–116.
- End, Markus. 2014. *Antiziganismus in der deutschen Öffentlichkeit Strategien und Mechanismen medialer Kommunikation*. Heidelberg: Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma.
- Engbersen, Godfried, und Erik Snel. 2013. Liquid Migration. Dynamic and Fluid Patterns of Post-Accession Migration Flows. In *Mobility in Transition: Migration Patterns after EU Enlargement*, Hrsg. Birgit Glorius, Izabela Grabowska-Lusinka, und Aimee Kuvik, 21–40. Amsterdam: Amsterdam University Press.
- Engbersen, Godfried, Erik Snel, und Jan de Boom. 2010. ›A Van Full of Poles‹. Liquid Migration in Eastern and Central European Countries. In *A Continent Moving West? EU Enlargement and Labour Migration from Central and Eastern Europe*, Hrsg. Richard Black, Godfried Engbersen, Marek Okólski, und Cristina Panfîru, 115–140. Amsterdam: Amsterdam University Press.
- European Roma Rights Centre. 2010. ERRC challenges Danish expulsion of EU Roma, (6.9.2010). <http://www.errc.org/press-releases/errc-challenges-danish-expulsion-of-eu-roma>. Zugriff: 14.6.2021.
- European Roma Rights Centre. 2011. Freedom of Movement (5.5.2011). <http://www.errc.org/cikk.php?cikk=3836>. Zugriff: 14.6.2021.
- Faigle, Philip. 2012. Die neue Einwanderer-Elite. *ZEIT online*, 12.1.2012. <https://www.zeit.de/wirtschaft/2012-01/einwanderer-deutschland-einleitung>

- Faist, Thomas. 2013. The Mobility Turn: A New Paradigm for the Social Sciences? *Ethnic and Racial Studies* 36 (11): 1637–1646.
- Farahat, Anuscheh. 2016. Wettbewerb um Migranten? Die Stratifikation von Freizügigkeitsrechten in der EU. In *Wettbewerb der Systeme – System des Wettbewerbs in der EU*, Hrsg. Stefan Kadelbach, 101–121. Baden-Baden: Nomos.
- Favell, Adrian. 2014. *Immigration, Integration and Mobility: New Agendas in Migration Studies. Essays 1998–2014* (=ECPR Press essays). Colchester: EC PR Press.
- Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Arbeit, Soziales, Familien und Integration, Amt für Soziales. 2013. Abschlussbericht der Bund-Länder Arbeitsgemeinschaft ›Armutswanderung aus Osteuropa‹. Freie und Hansestadt Hamburg. In *Ergebnisprotokoll der 90. Arbeits- und Sozialministerkonferenz 2013 am 27./28. November 2013 in Magdeburg*. Hamburg, den 11. Oktober 2013: 140–188, http://www.ggua-projekt.de/fileadmin/downloads/unionsbuergerInnen/Abschlussbericht_der_Bund-Laender-Arbeitsgemeinschaft_Armutswanderung.pdf.
- Foucault, Michel. 1973. *Archäologie des Wissens*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Foucault, Michel. 2002. Die Wahrheit und die juristischen Formen. In *Michel Foucault, Schriften in vier Bänden. Dits et Écrits*, Bd. 2: 1970–1975, Hrsg. Daniel Defert und François Ewald, 669–792. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Frenzel, Veronica, und Ralf Schönball. 2014. ›Mall of Berlin‹. Rumänische Wanderarbeiter kämpfen um ihren Lohn. *Tagesspiegel*, 11.12.2014.
- Fries-Tersch, Elena, Matthew Jones, und Linus Siöland. 2020. Annual Report on Intra-EU Labour Mobility. Final Report, January 2020. Luxembourg: Publications Office of the European Union.
- Glick Schiller, Nina, und Noel B. Salazar. 2013. Regimes of Mobility Across the Globe. *Journal of Ethnic and Migration Studies* 39 (2): 183–200.
- Glorius, Birgit, und Josefina Domínguez-Mujica, Hrsg. 2017. *European Mobility in Times of Crisis*. Bielefeld: transcript.
- Glorius, Birgit. 2015. Weder Gäste noch Arbeiter – die neue Zuwanderung aus Spanien nach Deutschland aus einer historisch vergleichenden Perspektive. In *Berichte: Geographie und Landeskunde* 89 (1): 51–72.
- Goetzer, Dieter. 1992. ›Culture of Poverty‹ Eine Spurensuche. In *Armut im modernen Wohlfahrtsstaat* (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 32). Hrsg. Stephan Leibfried und Wolfgang Voges, 88–103.
- Göler, Daniel und Bernhard Köppen. 2015. Gastarbeiter reloaded? Anmerkungen zur EU-Binnenwanderung in der Schuldenkrise. Ein Editorial. *Berichte. Geographie und Landeskunde* 89 (1): 5–11.
- Gropas, Ruby, und Anna Triandafyllidou. 2014. Emigrating in Times of Crisis. Highlights and New Data from an e-Survey on High-skilled Emigrants from Southern Europe and Ireland. Survey Report, Global Governance Programme, European University Institute.
- Herzog, Benno. 2013. Ausschluss im (?) Diskurs. Diskursive Exklusion und die neuere soziologische Diskursforschung. *Forum Qualitative Sozialforschung/Forum: Qualitative Social Research* 14 (2). <https://doi.org/10.17169/fqs-14.2.1910>
- Hess, Sabine, und Bernd Kasperek, Hrsg. 2010. *Grenzregime. Diskurse, Praktiken, Institutionen in Europa*. Berlin: Assoziation A.
- Heuß, Herbert. 1996. Die Migration von Roma aus Osteuropa im 19. und 20. Jahrhundert: Historische Anlässe und staatliche Reaktion. Überlegungen zum Funktionswandel des Zigeuner-Ressentiments. In *Die gesellschaftliche Konstruktion des Zigeu-*

- ners. *Zur Genese eines Vorurteils*, Hrsg. Jacqueline Giere, 109–131. Frankfurt a.M.: Campus.
- Hewitt, Cynthia Lucas. 2007. Pan-African Brain Circulation. In *African Brain Circulation: Beyond the Drain-Gain Debate*, Hrsg. Rubin Patterson, 15–39. Leiden: Brill.
- Hilmer, Andreas, und David Hohndorf. 2012. Ausgebeutet: Billiglöhner aus Osteuropa, NDR 21.11.2012. <https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/freizuegigkeit119.html>. Zugriff: 15.6.2021.
- Höppner, Stephanie. 2020. Aufstand der Armen: Erntehelfer demonstrieren für Lohn, *Deutsche Welle*, 20.5.2020. <https://www.dw.com/de/aufstand-der-armen-erntehelfer-demonstrieren-für-lohn/a-53513663>. Zugriff: 15.6.2021.
- IMIS (Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien der Universität Osnabrück), und bpb (Bundeszentrale für politische Bildung), Hrsg. 2013. Bewegt die Krise? EU-Binnenmigration und wirtschaftliche Disparitäten in Europa. *Kurz-dossier focus Migration* 20, Februar 2013.
- Jobelius, Matthias, und Victoria Stoiciu. 2014. Die Mär vom ›Sozialtourismus‹: Zuwanderung rumänischer Staatsbürger nach Deutschland und in andere EU Mitgliedsländer. *Friedrich-Ebert-Stiftung – Perspektive*. Berlin. Januar 2014.
- Kalir, Barak. 2013. Moving Subjects, Stagnant Paradigms: Can the ›Mobilities Paradigm‹ Transcend Methodological Nationalism? *Journal of Ethnic and Migration Studies* 39 (2): 311–327.
- Keller, Reiner. 2007. Diskurse und Dispositive analysieren. Die Wissenssoziologische Diskursanalyse als Beitrag zu einer wissenschaftlichen Profilierung der Diskursforschung. *Forum Qualitative Sozialforschung/Forum: Qualitative Social Research* 8 (2). <https://doi.org/10.12759/hsr.33.2008.1.73-107>.
- Keller, Reiner. 2011. *Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/Springer Fachmedien.
- Kovacheva, Vesela, und Norbert Cyrus. 2020. *Zur Situation von EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern aus Bulgarien, Rumänien und Polen in Deutschland*. Diakonisches Werk Hamburg, 3.2.2020.
- Kühnel, Alina. 2020. Elena Strato: ›Tönnies-Arbeitern wurde nahegelegt zu schweigen‹, *Deutsche Welle* 19.6.2020, <https://www.dw.com/de/elena-strato-tönnies-arbeitern-wurde-nahegelegt-zu-schweigen/a-53869705>. Zugriff: 14.6.2021.
- Kunze, Anne. 2014. Die Schlachtordnung. *Die Zeit*, Nr. 51, 11.12.2014.
- Kuschel, Sarah, und Katharina Varelmann. 2020. *Initiative Faire Landarbeit Bericht 2019. Saisonarbeit in der Landwirtschaft – Bundesweite Aktionswochen Saisonarbeit in der Landwirtschaft 2019*. Hrsg. Partnerorganisationen der Initiative Faire Landarbeit. Frankfurt a.M. April 2020.
- Lafleur, Jean-Michel, und Mikolaj Stanek, Hrsg. 2017a. *South-North Migration of EU Citizens in Times of Crisis*. Cham: Springer.
- Lafleur, Jean-Michel, und Mikolaj Stanek. 2017b. EU Migration and the Economic Crisis: Concepts and Issues. In *South-North Migration of EU Citizens*, Hrsg. Jean-Michel Lafleur und Mikolaj Stanek, 1–14. Cham: Springer.
- Lafleur, Jean-Michel, Mikolaj Stanek, und Alberto Veira. 2017. South-North Labour Migration within the Crisis-Affected European Union: New Patterns, New Contexts and New Challenges. In *South-North Migration of EU Citizens*, Hrsg. Jean-Michel Lafleur und Mikolaj Stanek, 193–214. Cham: Springer.
- Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz, Hrsg. 2014. Der Mythos der ›Armutsmigration‹ Fakten zur Freizügigkeit aus Bulgarien und Rumänien. Juli

2014. <https://www.politische-bildung.rlp.de/themen/diskriminierung/der-mythos-der-armutsmigration>. Zugriff: 14.6.2021.
- Lebuhn, Henrik. 2012. Bürgerschaft und Grenzpolitik in den Städten Europas. Perspektiven auf die Stadt als Grenzraum. *Peripherie. Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt* 126/127: 350–362.
- Leschke, Janine, und Bela Galgóczi. 2015. Arbeitskräftemobilität in der EU im Angesicht der Krise: Gewinner und Verlierer. *WSI Mitteilungen* 5: 327–337.
- Lewis, Hannah, Peter Dwyer, Stuart Hodgkinson, und Louise Waite. 2014. Hyper-Precarious Lives Migrants, Work and Forced Labour in the Global North. *Progress in Human Geography* 39 (5): 580–600.
- Lucassen, Leo, und Wim Willems. 1995. Wanderers or Migrants? Gypsies from Eastern to Western Europe, 1860–1940. In *The Cambridge Survey of World Migration*, Hrsg. Robin Cohen, 136–141. Cambridge: Cambridge University Press.
- Matter, Max. 2017. Zuwanderer aus Südosteuropa – Wer kommt? Plädoyer für eine differenzierte Wahrnehmung und präzisere Maßnahmen. In *Auf dem Weg zur Teilhabegesellschaft. Neue Konzepte der Integrationsarbeit*, Hrsg. Max Matter, 101–116. Göttingen: V&R unipress.
- May, Nina. 2014. ›Sozialtourismus‹ ist das Unwort des Jahres. *Göttinger Tagesblatt*. 17.1.2014.
- Mezzadra, Sandro, und Brett Neilson. 2008. Die Grenze als Methode, oder die Vervielfältigung der Arbeit. *borders, nations, translations* 6. <https://transversal.at/transversal/0608/mezzadra-neilson/de>. Zugriff: 14.6.2021.
- Mezzadra, Sandro, und Brett Neilson. 2013. *Border as Method, or, the Multiplication of Labor*. North Carolina: Durham.
- Michail, Domna, und Anastasia Christou. 2018. Youth Mobilities, Crisis, and Agency in Greece: Second Generation Lives in Liminal Spaces and Austere Times. *Transnational Social Review* 8 (3): 245–257.
- Mohr, Katrin. 2005. Stratifizierte Rechte und soziale Exklusion von Migranten im Wohlfahrtsstaat. *Zeitschrift für Soziologie* 34 (5): 383–398.
- Morris, Lydia. 2002. *Managing Migration: Civic Stratification and Migrants Rights*. London: Routledge.
- Niederberger, Andreas. 2019. Gibt es gute Gründe, das Recht auf Emigration einzuschränken? Zur normativen Herausforderung des Brain-Drain. In *Die Freiheit zu gehen. Ausstiegsoptionen in politischen, sozialen und existenziellen Kontexten*, Hrsg. Simone Dietz, Hannes Foth, und Svenja Wiertz, 45–77. Wiesbaden: Springer VS.
- Nielsen, Nikolaj. 2013. UK and Germany Dislike EU ›Welfare Tourism‹ Plan. *Euobserver* 6.12.2013. <https://euobserver.com/justice/122370>. Zugriff: 14.6.2021.
- Offe, Claus. 2016. *Europa in der Falle*. Berlin: Suhrkamp.
- Oso, Laura. 2020. Crossed Mobilities: the ›Recent Wave‹ of Spanish Migration to France after the Economic Crisis. *Ethnic and Racial Studies* 43 (14): 2572–2589.
- von Oswald, Anne. 2019. Abschlussbericht der Evaluation des Aktionsplans zur Einbeziehung ausländischer Roma. MINOR-Institut, 3.12.2019, https://minor-wissenschaft.de/wp-content/uploads/2020/03/Minor_EVP_Abschlussbericht_2019.pdf. Zugriff: 14.6.2021.
- Papilloud, Christian, und Cécile Rol. 2019. Kritik des Organizismus. In *Moral – Recht – Nation. Die Soziologie der Solidarität Gaston Richards (1860–1945)*, Christian Papilloud und Cécile Rol, 39–59. Wiesbaden: Springer VS.

- Patterson, Rubin. 2007. Introduction: Going Around the Drain-Gain Debate with Brain Circulation. In *African Brain Circulation: Beyond the Drain-Gain Debate*, Hrsg. Patterson Rubin, 1–14. Leiden: Brill.
- Pfeffer-Hoffmann, Christian, Hrsg. 2014. *Arbeitsmigration nach Deutschland*. Berlin: Mensch und Buch Verlag.
- Pfeffer-Hoffmann, Christian, Hrsg. 2015. *Neue Arbeitsmigration aus Spanien und Italien nach Deutschland*. Berlin: Mensch und Buch Verlag.
- Pichler, Edith. 2013. Von Arbeitssuchenden, Empörten und kreativem Prekariat. Die neue italienische Einwanderung nach Berlin. *Heinrich-Böll-Stiftung, Migrationsportal* <https://heimatkunde.boell.de/de/2013/05/18/von-arbeitssuchenden-empoerten-und-kreativem-prekariat-die-neue-italienische-einwanderung>. Zugriff: 14.6.2021.
- Pichler, Edith. 2014. Von Gastarbeiter/-innen zu neuen Mobilien. Soziale Milieus der italienischen Migration. In *Arbeitsmigration nach Deutschland*, Hrsg. Christian Pfeffer-Hoffmann, 417–448. Berlin: Mensch und Buch Verlag.
- Pratsinakis, Manolis. 2019. Family-Related Migration and the Crisis-Driven Outflow from Greece. In ›New‹ *Migration of Families from Greece to Europe and Canada. Inklusion und Bildung in Migrationsgesellschaften*, Hrsg. Julie A. Panagiotopoulou et al., 11–32. Wiesbaden: Springer VS.
- Pratsinakis, Manolis, Panos Hatziprokopiou, Dimitris Grammatikas, und Lois Labriani. 2017. Crisis and the Resurgence of Emigration from Greece: Trends, Representations, and the Multiplicity of Migrant Trajectories. In *European Mobility in Times of Crisis*, Hrsg. Birgit Glorius und Josefina Dominguez-Mujica, 75–102. Bielefeld: transcript.
- Rebhahn, Robert. 2017. *Soll und kann die Arbeitnehmerfreizügigkeit beschränkt werden?* Baden-Baden: Nomos.
- Recchi, Ettore, und Adrian Favell, Hrsg. 2009. *Pioneers of European Integration. Citizenship and Mobility in the EU*. Cheltenham: Edward Elgar.
- Reichenbach, Marie Therese. 2013. Migrantinnen in der niedrigschwelligen Wohnungslosenhilfe Berlin. Erste Erkenntnisse aus dem Projekt ›Frostschutzengel‹ der GEBEWO. http://www.gebewo.de/images/pdf/wissenswertes/FSE-Jahresbericht_2013.pdf. Zugriff: 14.6.2021.
- Riedner, Lisa. 2015. Justice for Janitors? Marktbürgerschaft, Freizügigkeit und EU-Migrantinnen im Arbeitskampf. Einblicke in ein aktivistisches Forschungsprojekt. *Movements. Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung* 1 (2), <https://movements-journal.org/issues/02.kaempfe/16.riedner--justice-for-janitors.html>
- Riedner, Lisa. 2017. Aktivierung durch Ausschluss. Sozial- und migrationspolitische Transformationen unter den Bedingungen der EU-Freizügigkeit. *Movements. Journal for Critical Migration and Border Regime Studies* 3 (1), <http://movements-journal.org/issues/04.bewegungen/06.riedner--aktivierung-durch-ausschluss.html>.
- Riedner, Lisa. 2018/2019. *Arbeit! Wohnen! Urbane Auseinandersetzungen um EU-Migration. Eine Untersuchung zwischen Wissenschaft und Aktivismus*. Münster: Edition Assemblage.
- Rockefeller, Stuart Alexander. 2011. ›Flow‹. *Current Anthropology* 52 (4): 557–578.
- Röhlig, Marc. 2020. Antonio, der Schlachthof und das Virus – Wenn Corona auf die Fleischindustrie trifft. Eine Geschichte über die Fleischindustrie und den Alltag der Arbeiter. *Der Spiegel*, 31.5.2020.
- Roßmann, Robert. 2013. Wegen Bulgarien und Rumänien: CSU plant Offensive gegen Armutsmigranten. *Süddeutsche Zeitung*, 28.12.2013.

- Sander, Nikola. 2015. Die Zuwanderung aus Südeuropa nach Deutschland im globalen Kontext. *Berichte: Geographie und Landeskunde* 89 (1): 91–102.
- Schmidt, Susanne, Michael Blauberger, und Dorte Sindbjerg Martinsen. 2018. Free Movement and Equal Treatment in an Unequal Union. *Journal of European Public Policy* 25 (10): 1391–1402.
- Schneider, Wieland. 2010. Vorsicht Ethnisierungsfalle! Den Roma am Rand der Gesellschaft muss geholfen werden – ohne das Zerrbild Rom=arm zu verfestigen. *Die Presse*, 8.4.2010.
- Schoenes, Katharina, und Hannah Schultes. 2014. Was ist neu an ›neuer Migration‹? Ein Werkstattbericht. *DISS-Journal* 28: 10–11.
- Sheller, Mimi, und John Urry. 2006. The New Mobilities Paradigm. *Environment and Planning A*. 38 (2): 207–226.
- Sheller, Mimi. 2014. The New Mobilities Paradigm for a Live Sociology. *Current Sociology Review* 62 (6): 789–811.
- Soric, Miodrag. 2020. Das verschimmelte Heim der Tönnies-Arbeiter. *Deutsche Welle* 22.6.2020. <https://www.dw.com/de/das-verschimmelte-heim-der-tönnies-arbeiter/a-53898736>. Zugriff: 14.6.2021.
- Specht, Christian. 2015. Zuwanderung aus den EU-2 Staaten Südosteuropas. In *Prävention rechnet sich. Zur Ökonomie der Kriminalprävention*, Hrsg. Erich Marks und Wiebke Steffen, 399–406. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg.
- Der Spiegel. 2013. Die neuen Gastarbeiter Europas junge Elite für Deutschlands Wirtschaft. *Der Spiegel* Nr. 9, 25.2.2013.
- Stadt Dortmund. 2014. Sachstandsbericht Zuwanderung aus Südosteuropa, 5/Dez-SP2, 2 74 74, 13.2.2014.
- Stadt Dortmund. 2020. Dortmunder Sachstandsbericht Zuwanderung aus Südosteuropa, [https://rathaus.dortmund.de/dosys/gremrech.nsf/0/100F89FF91F1281DC12585BA00526420/\\$FILE/Anlagen_17716-20.pdf](https://rathaus.dortmund.de/dosys/gremrech.nsf/0/100F89FF91F1281DC12585BA00526420/$FILE/Anlagen_17716-20.pdf). Zugriff: 14.6.2021.
- Stadt Duisburg, Referat für Integration, Hrsg. 2013. Zuwanderung von Menschen aus Südost-Europa Sachstandsbericht zur Umsetzung des Duisburger Handlungskonzeptes, Januar 2013.
- Stefanescu, Cristian, Adrian Mogos, und Robert Schwartz. 2020. Rumänische Tönnies-Arbeiter: ›Bis zum lieben Gott fressen dich die Heiligen!‹, *Deutsche Welle* 2.7.2020, <https://www.dw.com/de/tönnies-arbeitsbedingungen/a-54024414>. Zugriff: 14.6.2021.
- Stewart, Michael. 2002. Deprivation, the Roma and ›the Underclass‹. In *Postsocialism Ideals, Ideologies and Practices in Eurasia*, Hrsg. Chris Hann, 133–155. London: Routledge.
- SVR – Sachverständigenrat Deutscher Stiftungen für Integration und Migration. 2013. Erfolgsfall Europa? Folgen und Herausforderungen der EU-Freizügigkeit für Deutschland. Jahresgutachten 2013 mit Migrationsbarometer. https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2017/05/SVR_Jahresgutachten_2013.pdf. Zugriff: 14.6.2021.
- Thränhardt, Dietrich. 2013. Tendenzen der innereuropäischen Migration. *Aus Politik und Zeitgeschichte (APUZ)* 47: 17–24.
- Thränhardt, Dietrich. 2015. Die neue EU-Mobilität: Gewinn für alle oder soziale Erosion? *WSI Mitteilungen* 5: 391–393.
- Tintori, Guido, und Valentina Romei. 2017. Emigration from Italy After the Crisis: The Shortcomings of the Brain Drain Narrative. In *South-North Migration of EU Citizens*, Hrsg. Jean-Michel Lafleur und Mikolaj Stanek, 49–64. Cham: Springer.

- Ulrich, Wolf-Christian. 2020. Flucht aus der Fleischfabrik. Das Leiden der rumänischen Schlachter. *ZDF*, 24.6.2020 <https://www.zdf.de/nachrichten/wirtschaft/corona-leid-fleischfabrik-rumaenen-ajo-100.html>. Zugriff: 14.6.2021.
- Urry, John. 2000. *Sociology Beyond Societies: Mobilities for the Twenty-First Century*. London: Routledge.
- Urry, John. 2007. *Mobilities*. Cambridge: Polity.
- Urzi, Domenica, und Colin Williams. 2017. Beyond Post-National Citizenship: an Evaluation of the Experiences of Tunisian and Romanian Migrants Working in the Agricultural Sector in Sicily. *Citizenship Studies* 21 (1): 136–150.
- Verwiebe, Roland. 2006. Transnationale Migration innerhalb Europas. In *Transnationale Karrieren. Biografien, Lebensführung und Mobilität*, Hrsg. Florian Kreutzer und Silke Roth, 321–325. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Voivozeanu, Alexandra. 2019. Precarious Posted Migration: The Case of Romanian Construction and Meat-Industry Workers in Germany. *Central and Eastern European Migration Review* 85 (2): 85–99.
- Wagner, Bettina und Anke Hassel. 2017. Arbeitsmigration oder Auswanderung? Eine Analyse atypischer Arbeitsmigration nach Deutschland. *WSI-Mitteilungen* 6: 409–420.
- Wagner, Sabrina. 2018. Die ›Arbeitsmigranten‹ kommen – Zur Repräsentation von Migrantinnen und Migranten aus Bulgarien und Rumänien in der deutschen Tagespresse. In *Politischer Journalismus im Fokus der Journalistik*, Hrsg. Margreth Lünenborg und Saskia Sell, 261–285. Wiesbaden: Springer VS.
- Wallrabenstein, Astrid. 2016. Wie Florin zwischen die Stühle rutschte – Die Unionsbürgerschaft und das menschenwürdige Existenzminimum. *Juristen Zeitung* 71 (3): 109–120.
- WELT Redaktion. 2014. Frankfurt, Demo im Europaviertel. Rumänische Bauarbeiter fordern ihre Monatsgehälter. *Welt*, 25.2.2014, <https://www.welt.de/regionales/frankfurt/article125201761/Rumaenische-Bauarbeiter-fordern-ihre-Monatsgehaelter.html>. Zugriff: 14.6.2021.
- Westbrock, Sven. 2020. Erntehelfer aus Bornheim marschieren zu Konsulat in Bonn. *General Anzeiger*, 19.5.2020, https://ga.de/bonn/stadt-bonn/bonn-erntehelfer-protestieren-wegen-lohnzahlungen_aid-51219983. Zugriff: 14.6.2021.
- Wieczorek, Anna Xymena. 2018. *Migration and (Im)Mobility, Biographical Experiences of Polish Migrants in Germany and Canada*. Bielefeld: transcript.
- Zeit Online. 2013. Friedrich mobilisiert EU gegen Armutszuwanderung, *Zeit Online* 25.4.2013, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2013-04/eu-innenminister-zuwanderung>. Zugriff: 14.6.2021.